

---

**Akademie der Arbeit**

---

**in der Universität Frankfurt am Main**

---

**Mitteilungen**

---

**Neue Folge 42**

---

**Als Manuskript gedruckt**

---

**Februar 1994**

---

## Inhalt

Vorwort .....	1
Zum 80. Geburtstag von Dr. Erich Meyn .....	2
Zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Jiri Kosta .....	3
Zur Person: Prof. Dr. Renate Neubäumer .....	5
Prof. Dr. Renate Neubäumer: Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – Ein Arbeitsmarkt wie jeder andere? .....	6
Prof. Dr. Herfried Münkler: Wo liegt Europa? Mythos und politische Idee .....	21
Aufsatz aus der ‚Gewerkschaftlichen Frauenzeitung‘ vom 1. Februar 1923 .....	32
Errichtung der Preller-Stiftung .....	33
Verzeichnis der Lehrveranstaltungen .....	35
Organe der Akademie .....	38
Lehrkräfte der Akademie .....	39
Teilnehmer/innen des 58. Lehrgangs 1992/93 .....	41
Teilnehmer/innen des 59. Lehrgangs 1993/94 .....	42
Aufnahmeantrag für den Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit e. V. ....	43

## Vorwort

Unser Mitteilungsheft erscheint zum zweiten Mal hintereinander als Doppelheft. Zu dieser Maßnahme wurden wir u. a. durch die knapper gewordenen Haushaltsmittel veranlaßt. Nicht zuletzt deshalb hoffen wir auch auf Verständnis für unsere Bitte um Beitritt zum Verein der Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit e. V., der uns bei vielen Aktivitäten (Studienfahrten, Ausstattungsbedarfen, Veröffentlichungen etc.), aber auch immer wieder einzelnen Studierenden, die in materielle Schwierigkeiten geraten, unter die Arme greift (s. Beitrittsformular).

Erfreulich sind die Personalien unseres Mitteilungsheftes. So konnten wir unserem langjährigen Dozenten für Wirtschaftswissenschaften Dr. Erich Meyn zum 80. Geburtstag gratulieren und auch Jiri Kosta, Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter der Akademie, zum 70. Geburtstag gratulieren. Vor allem aber freuen wir uns, daß die hauptamtliche Dozentur für Wirtschaftswissenschaften mit unserer neuen Kollegin, Prof. Dr. Renate Neubäumer, besetzt werden konnte, deren wissenschaftlicher und pädagogischer Elan, verbunden mit praktischen Erfahrungen, unserer Akademie nun schon seit November 1992 erfolgreich zugute kommt. Wir stellen Kollegin Neubäumer auf Seite 5 dem Leserkreis vor und begrüßen sie auch hier noch einmal sehr herzlich. Ihr Beitrag „Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – Ein Arbeitsmarkt wie jeder andere?“ gibt den Festvortrag zur Eröffnung des 59. Lehrgangs der Akademie der Arbeit wieder. Der Aufsatz von Prof. Dr. Herfried Münkler geht auf dessen Vortrag zur Eröffnung des 58. Lehrgangs zurück. Wegen seiner Berufung an die Humboldt-Universität zu Berlin muß Herfried Münkler bedauerlicherweise den Lehrauftrag bei uns 1994 aufgeben. Studierende und Dozenten wissen, daß es schwer sein wird, ihn als einen der profilierten Kenner der politischen Philosophie auch nur annähernd zu ersetzen. Die übrigen Beiträge zu diesem Heft zeigen, daß die Akademie, die vor nunmehr 73 Jahren gegründet worden ist, in Vergangenheit und Gegenwart innovativ geblieben ist.

Berichtet wird darüber hinaus über die Gründung der Preller-Stiftung, die an das Lebenswerk des früheren hauptamtlichen Dozenten der Akademie für die Sozialpolitik Prof. Dr. Ludwig Preller anknüpft.

Die Akademieleitung

## Ein Glückwunsch zum 80. Geburtstag

Unser früherer hauptamtlicher Dozent, Dr. Erich Meyn, hat am 13. März 1993 seinen 80. Geburtstag gefeiert. Er wollte davon nicht viel Aufhebens machen; dennoch sei es an dieser Stelle wenigstens erwähnt. Für die jüngeren Absolventen der Akademie, die Erich Meyn nicht mehr in seiner aktiven Zeit als Dozent für die Wirtschaftslehre kennengelernt haben, hier einige biographische Anmerkungen.

Erich Meyn hat seine wissenschaftliche Ausbildung in Leipzig und Frankfurt erfahren (Erich Egner und Wilhelm Gerloff waren vor allem seine wissenschaftlichen Lehrer). Nach dem Ende des Krieges und der Kriegsgefangenschaft fand sich Erich Meyn 1945 als Assistent der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät in Frankfurt wieder. Noch in dieser Funktion begann er, auch als Lehrbeauftragter an der Akademie der Arbeit zu wirken, die ihn im Frühjahr 1949 zum hauptamtlichen Dozenten für die Wirtschaftslehre berief.

Diesen Bereich hat er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Frühjahr 1978 inhaltlich gestaltet und überwiegend auch in der Lehre vertreten. Will man hier einen Aspekt hervorheben, der Erich Meyn besonders am Herzen lag und wohl auch den Absolventen der früheren Lehrgänge am stärksten in Erinnerung geblieben ist: Erich Meyn hat stets engagiert die Rivalität verschiedener Ansätze bei ordnungspolitischen wie wirtschaftspolitischen Fragen vermittelt und insbesondere das Denken in einfachen Rezepten bekämpft. Sein Verhältnis zu den Gewerkschaften kann man wohl am besten als ein Verhältnis kritischer Sympathie beschreiben.

Wir wünschen Erich Meyn an dieser Stelle nochmals alles Gute, insbesondere noch viele Jahre geistiger Regsamkeit und guter Gesundheit.

Unser langjähriger Lehrbeauftragter, Prof. Dr. Jiri Kosta, hat nicht lange nach dem Erscheinen des vorigen Mitteilungsheftes seinen 70. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlaß drucken wir einen Beitrag von Bertram Schefold aus dem Uni-Report der Johann Wolfgang Goethe-Universität nach:

## Jiri Kosta zum 70. Geburtstag

Zu Beginn des Wintersemesters, umgeben von Familie, Schülern und Freunden, feierte Jiri Kosta, der von 1970 bis 1987 das Fach „Volkswirtschaftslehre, insbes. Sozialistische Wirtschaftssysteme“ an unserer Universität vertrat, seinen siebenzigsten Geburtstag. Der früher Verfolgte, zur Emigration Gezwungene kann heute auf ein weithin geachtetes Werk zurückblicken in einem Frankfurt, das ihm heimatlich geworden ist und zugleich verbunden mit seiner alten Heimat, der Tschechoslowakei, die ihre Freiheit wiedergewann.

Ota Sik berichtet in seinen Memoiren, wie er Kosta im Studentenbund „Freie Jugend“ kennenlernte. Es kam die Zeit der deutschen Besatzung, das Leiden in den Konzentrationslagern Theresienstadt (Ghetto) und Auschwitz. Nach dem volkswirtschaftlichen Studium in der Nachkriegszeit wurde er als Opfer der Prozesse in den fünfziger Jahren aus dem Staatsdienst entlassen und hatte sich „in der Produktion zu bewähren“. Ota Sik schreibt weiter: „Allmählich gelang es ihm, sich in dem Flugzeugwerk, wo er eingesetzt wurde, aufgrund seiner Kenntnisse vom Eisendreher zum Lehrer für Volks- und Betriebswirtschaftslehre hochzuarbeiten ... Ab 1956 durfte er dann an ... einer Wirtschaftsoberschule unterrichten.“ Nach 1962 glückte der Übertritt an das ökonomische Institut, wo Kosta maßgeblichen Anteil an der Ausarbeitung der ökonomischen Reformkonzepte hatte, die – verbunden mit der Demokratisierung – die Grundlage des „Prager Frühlings“ bildeten.

Nach dem sowjetischen Einmarsch war der Weg nach Frankfurt nicht leicht. Aber angekommen, hat Jiri Kosta sofort eine fruchtbare und bis heute fortgesetzte Tätigkeit entfaltet. Einige seiner Bücher seien erwähnt: 1974 erschien „Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis“. Dieses empirisch abgestützte Werk stellt den Marxschen Konzepten die neoklassische Planungstheorie gegenüber. Ein wichtiges, die Debatten des Tages überdauerndes Buch wurde der „Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945 – 1977“. Angesichts der Theoriedefizite schien es am fruchtbarsten, die Entwicklung der realen Wirtschaft und der Planungsdiskussion parallel unter historischer Perspektive zu behandeln und dabei die gesellschaftlichen Einflüsse einzubeziehen. Kein Land war hierzu besser geeignet als die vertraute Tschechoslowakei, weil hier schon vor dem Krieg eine entwickelte Industriegesellschaft bestand und eine demokratische Tradition existierte – Errungenschaften also, an denen das Versagen der voluntaristischen Planungsbürokratie gemessen werden konnte.

Bei der Durchsicht von „Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen“ (erschienen 1984) beeindruckt heute, wie die russische Entwicklung, die maoistische Alternative, die Wirtschaftssysteme Jugoslawiens, der DDR, Ungarns und Polens, die im Vergleich behandelt sind, sich als zwar noch bestehende,

---

aber in ihren Entwicklungsperspektiven doch schon abgeschlossene Modelle einer Planwirtschaft ohne Zukunft präsentieren. So wird das vorläufig letzte Kapitel der wissenschaftlichen Arbeit Jiri Kostas mit seinen jüngsten Beiträgen zur Transformationsdiskussion eröffnet.

Kostas Publikationen zeichnen sich durch reiche empirische Kenntnis, verbunden mit vorsichtigen Einschätzungen der Entwicklungsperspektiven aus, ohne daß die wissenschaftliche Sorgfalt den Kern seines warmen menschlichen Wesens und seine Hoffnung auf Emanzipation im liberalen und sozialen Sinn verdeckte. Für sein eingebrachtes Wissen und seine Erfahrung, auch für seine Treue, ist ihm der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften zu Dank verpflichtet. Wir wünschen ihm noch viele Jahre glücklichen Schaffens im Kreis der Seinen.

**Bertram Schefold**

**Zur Person:  
Prof. Dr. Renate Neubäumer**



Prof. Dr. Renate Neubäumer wurde am 1. November 1992 vom Kuratorium der Akademie der Arbeit als hauptamtliche Dozentin für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Arbeit berufen.

Renate Neubäumer wurde am 7. Juni 1952 in Offenbach geboren. Nach Schulzeit und Abitur in Hanau studierte sie Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt (1971 - 1976). Ab 1976 war sie wissenschaftliche Assistentin von Prof. Dr. A. Gutowski in Frankfurt und setzte sich mit wirtschaftstheoretischen und -politischen Fragestellungen, insbesondere auf den Gebieten Wettbewerb sowie Geld und Währung, auseinander. Während dieser Zeit absolvierte sie ein Aufbaustudium der Wirtschaftspädagogik und war Lehrbeauftragte an der Fachhochschule.

Nach Promotion und Berufstätigkeit als wissenschaftliche Referentin bei der Deutschen Bank wurde sie 1984 als Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz, Abteilung Worms, berufen. Wissenschaftlich beschäftigt sie sich mit Fragen und Problemen des Arbeitsmarktes und war 1988/89 zu Forschungszwecken beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Sie engagiert sich in den Arbeitskreisen „Neue Politische Ökonomie“ und „Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung“ und ist Mitglied im „Verein für Socialpolitik“.

**Veröffentlichungen:**

Neuere Entwicklungen in der Einkommens- und Beschäftigungspolitik (in Zusammenarbeit mit B. Hewel), Wiesbaden 1988; Betriebliche Ausbildung „über Bedarf“ und Arbeitsmarktchancen - Empirische Ergebnisse und ein humankapitaltheoretischer Ansatz, SAMF 1/1992; Arbeitslosigkeit durch mangelnde Qualifikation - Antworten der Suchtheorie und der Arbeitsmarktstatistik, SAMF 5/1992; Arbeitsmarktpolitik kontrovers - Analysen und Konzepte im Zusammenhang mit der hohen Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern (Herausgeberin), erschien 1993 bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt; Volkswirtschaftslehre - Grundlagen der Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik (zusammen mit B. Hewel), Wiesbaden 1994; ferner Aufsätze in Büchern und Zeitschriften.

# Der ostdeutsche Arbeitsmarkt - Ein Arbeitsmarkt wie jeder andere?<sup>1</sup>

## I. Einführung und Übersicht

„Der Mangel an rentabler Beschäftigung bleibt - vermutlich noch auf lange Zeit - das gravierendste Problem in Ostdeutschland.“<sup>2</sup> Dieser pessimistischen Einschätzung des Sachverständigenrates muß ich mich - leider - anschließen. Sie ist vor dem Hintergrund eines extremen Beschäftigungsabbaus in den neuen Ländern zu sehen: Während Ende 1989, vor Öffnung der Grenze fast zehn Mio.<sup>3</sup> Erwerbstätige einen Arbeitsplatz hatten, waren es Ende 1992 noch sechs Mio.<sup>3</sup> Entsprechend ist die Wirtschaftspolitik und vor allem die Arbeitsmarktpolitik gefragt, und sie wird es auch in Zukunft sein! Deshalb möchte ich die grundlegende Frage stellen, ob sich Konzepte, die für den Arbeitsmarkt der früheren Bundesrepublik erarbeitet wurden, auf die Situation in den neuen Bundesländern übertragen lassen. *Ist der ostdeutsche Arbeitsmarkt ein „Arbeitsmarkt wie jeder andere“?*

Der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik bedeutet den Übergang zu einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, die Übernahme des westdeutschen Rechts- und Sozialsystems und die Einführung der D-Mark als neue Währung. Welche Auswirkungen hatte dieser „Wiedervereinigungs- und Transformationschock“, der abrupte Wandel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen auf

- die Arbeitsnachfrage,
- das Arbeitsangebot und
- das Zusammenspiel beider Marktseiten und damit die Arbeitslosigkeit und die Lohnfindung?

## II. Besonderheiten auf der Arbeitsnachfrageseite

### A. Die Offenlegung „verdeckter“ Arbeitslosigkeit

Vor der Grenzöffnung gab es in der ehemaligen DDR 9,75 Mio. Beschäftigte; die „echte“ Arbeitsnachfrage ohne die Verschwendung menschlicher Arbeitskraft durch Planungs- oder Organisationsmängel lag jedoch erheblich niedriger. So führten Stillstandszeiten in der Produktion aufgrund fehlender Materiallieferungen und defekter Produktionsanlagen nicht nur zu erheblichen Ausfallzeiten, sondern veranlaßten darüber hinaus einen nicht unerheblichen Mitarbeiterstab für Materialbeschaffung und Reparaturen. Der Personalbestand war an saisonalen oder durch Exportaufträge

1 Kurzfassung des gleichnamigen Vortrags in dem Sammelband von R. Neubäumer (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik kontrovers - Analysen und Konzepte für Ostdeutschland, Darmstadt 1993, S. 1 ff.

2 Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1992/93, Z. 53\* (demnächst kurz Sachverständigenrat).

3 Vgl. Ch. Brinkmann/B. Völkel: Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland: Bestandsaufnahme und zukünftige Entwicklung, in: Neubäumer, Arbeitsmarktpolitik, a.a.O., S. 77 ff.

verursachten Produktionsspitzen ausgerichtet. Dies macht eine Untersuchung des ifo-Instituts deutlich, die auf eingehenden Befragungen ostdeutscher Betriebe, Behörden und wissenschaftlicher Einrichtungen basiert.<sup>4</sup> Nach deren Erfahrungen und Einschätzungen wäre die Arbeitsnachfrage ohne Planungs- und Organisationsmängel zwischen 5 und 20% niedriger ausgefallen.<sup>5</sup>

Folge des Übergangs zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik war nicht nur die Offenlegung dieser *verdeckten Arbeitslosigkeit*, sondern auch der *Wegfall von ehemals gesellschaftlich gewollter Arbeitsnachfrage*, die alleine zur Erfüllung bestimmter *politischer und sozialer Aufgaben* notwendig war. Ich möchte sie - abweichend vom Gutachten des ifo-Instituts - nicht „pauschal als verdeckte Arbeitslosigkeit“ etikettieren,<sup>6</sup> denn neben politischen Kadern zählten dazu auch Mitarbeiter in den zahlreichen betriebseigenen Sozialeinrichtungen.

Insgesamt schätzt das ifo-Institut diesen Rückgang der Arbeitsnachfrage, der allein aufgrund des Systemwechsels erfolgte, auf 1,4 Mio., so daß bei *unveränderter Produktion* die *Arbeitsnachfrage etwa 8,3 Mio.* betragen hätte.

### B. Der Strukturbruch aufgrund veränderter Produktions- und Absatzbedingungen

Die Industrieproduktion war bereits im Juli 1990, dem ersten Monat nach der Wirtschafts- und Währungsunion, auf 60% ihres durchschnittlichen Wertes im ersten Halbjahr 1990 „abgesackt“ und fiel im Verlauf des Jahres 1991 bis auf ein Drittel ihres ursprünglichen Niveaus. „*Niemals hat es in der Geschichte einer Industrienation einen so starken Einbruch der Wirtschaftstätigkeit gegeben.*“<sup>7</sup>

Darin spiegelt sich der drastische Abbau des Produktions- und damit des Arbeitsplatzpotentials wider, der durch die starken Veränderungen der *Produktions- und Absatzbedingungen*, die mit der Integration der ehemaligen DDR in das westliche Wirtschaftssystem einhergingen, verursacht wurde.

#### 1. Der Wandel der Absatzbedingungen

Die Gütermärkte in der ehemaligen DDR waren „Verkäufertmärkte“. Durch die fehlenden Möglichkeiten, auf ausländische Produkte auszuweichen - diese waren entweder nicht vorhanden oder prohibitiv teuer - war die Nachfrage künstlich hoch

4 Vgl. *Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* (Hrsg.): *Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, Kurzugutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft*, München, August 1990. Die Untersuchung wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Berlin (Ost) durchgeführt.

5 Vgl. ebenda, S. 26

6 Vgl. dazu *Franz, W.*: Im Jahr danach - Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, *Diskussionsbeiträge Serie II - Nr. 159*, Konstanz Oktober 1991, S. 8. Er verweist u. a. darauf, daß auch Unternehmen in Westdeutschland zum Teil großzügige soziale Einrichtungen unterhalten. Zudem wird in den alten Bundesländern ein Teil dieser sozialen Aufgaben vom Staat und von karitativen Einrichtungen wahrgenommen. Schließlich ist zu fragen, inwieweit bei bestimmten Sozialeinrichtungen, wie beispielsweise bei Kindergärten und -krippen, in der alten Bundesrepublik eine Unterversorgung besteht. Vgl. auch *Lappe, L.*: *Der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern - Ursachen und Folgen*, SAMF-Arbeitspapier 4/1992, Gelsenkirchen 1992, S. 3.

7 *Sinn, G./Sinn, W.G.*: *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, 2. Aufl., Tübingen 1992, S. 54

gehalten worden.<sup>8</sup> Als Folge brauchte das Angebot nicht den Präferenzen der Verbraucher und Investoren zu entsprechen. Zudem führten umfangreiche Subventionen für Güter des elementaren Bedarfs und eine spezielle Verbrauchersteuer auf „Luxusgüter“ zu Preisen, die sich nicht an den Kosten orientierten.<sup>9</sup>

Die „schlagartige und radikale Liberalisierung der Güter- und Faktormärkte“ und die kräftige Aufwertung durch die Währungsunion legte nicht nur die Mängel ostdeutscher Produkte hinsichtlich Qualität, Sortimentsgestaltung und Image offen, sondern führte auch zu einem grundlegenden Wandel der Knappheitsverhältnisse und vollkommen veränderten (Faktor- und) Güterpreisrelationen. „Die neuen Preise und Tauschmöglichkeiten mußten ... den Zusammenbruch der Handelsbeziehungen innerhalb Ostdeutschlands und ... (mit) den ehemaligen RGW-Ländern zur Folge haben. Selbst bei einer vorher optimal an die Wünsche der Nachfrager angepaßten Produktion wäre „der Konkurs (ostdeutscher Betriebe) ohne Wandel vorprogrammiert“ und das gleiche würde für Westfirmen gelten, „wenn sie unversehens östlichen Preisen ausgesetzt würden“.<sup>10</sup>

Von Preissenkungen besonders betroffen sind die Anbieter von leicht transportierbaren Produkten, die jetzt dem internationalen Wettbewerb mit hoher Kapitalintensität und entsprechend höherer Arbeitsproduktivität hergestellter Waren ausgesetzt sind. Dagegen lassen sich bei lokalen Gütern (z.B. Bauten, Leistungen des Handwerks und andere Dienstleistungen) höhere Preise durchsetzen.

## 2. Änderungen auf der Produktionsseite

Schon hier sei darauf hingewiesen, daß ein solcher dringend notwendiger Wandel mit dem vorhandenen Kapitalstock in vielen Fällen ausgeschlossen ist, denn 55% der Ausrüstungsgüter in der Industrie der ehemaligen DDR waren älter als zehn Jahre<sup>11</sup>, und es bestand ein Mangel an technischem Know how.

Durch die „Öffnung nach Westen“ wurden die Möglichkeiten, das bisherige Produktivvermögen weiterhin wirtschaftlich sinnvoll einzusetzen, stark eingeschränkt, weil

- sich mit ihm die weit strengeren westdeutschen Umweltschutzvorschriften häufig nicht einhalten lassen,
- jetzt neue technische Verfahren zur Verfügung stehen und vor allem
- sich die relativen Faktorpreise drastisch geändert haben.

Auch hier besteht wieder das Problem, daß sich mit den alten Investitionsgütern Faktorkombinationen, die bei den neuen Faktorpreisrelationen rentabel wären, nicht realisieren lassen. Dies würde auch westdeutsche Unternehmen vor „Überlebensprobleme“ stellen. Daher ist eine grundlegend neue Gestaltung von Produktionsstrukturen und Lieferbeziehungen nötig, die die Aufgabe vieler Arbeitsplätze auf Dauer unumgänglich macht.

8 Vgl. Franz, Bestandsaufnahme, a.a.O., S. 14.

9 Nach Sinn/Sinn, a.a.O., S. 56, betragen 1988 diese Subventionen 66 Mrd. DM, während das Aufkommen der Luxussteuern bei 43 Mrd. DM lag.

10 Sinn/Sinn, a.a.O., S. 37 und 38.

11 Vgl. Siebert, H.: Das Wagnis der Einheit: eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992, S. 43.

### 3. Der Aufbau neuer Arbeitsplätze vor dem Hintergrund irreversibler Kosten

Die Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten erfordert umfangreiche *Investitionen*, und zwar nicht nur im engeren Produktionsbereich (Anlageinvestitionen, Erwerb technischen Know hows, Qualifizierung), sondern vor allem auch im Beschaffungs- und Vertriebsbereich (Werbekampagnen, Aufbau eines Händlernetzes u.ä.). Durch jede dieser Investitionen werden Produktionsfaktoren auf eine *spezifische Verwendung* festgelegt, d.h. sie können anschließend anderweitig nicht mehr oder nur noch eingeschränkt genutzt werden.<sup>12</sup> Beispielsweise kann eine Spezialmaschine an anderer Stelle im Betrieb nur noch wie eine billigere Standardmaschine genutzt werden oder eine Werbekampagne erweist sich als wertlos, sobald der Verkauf der Produktreihe eingestellt wird. Diesen „Unterschied im Wert eines Produktionsfaktors in seiner geplanten gegenüber der besten alternativen Verwendung“ bezeichnen wir als Irreversibilität oder *irreversible Kosten*.<sup>13</sup>

Betrachten wir den Fall einer klassischen Investitionsentscheidung, den Kauf einer spezialisierten Produktionsanlage mit mehrperiodiger Nutzungsdauer. Die *irreversiblen Kosten* ( $K^{IR}$ ) ergeben sich aus den Anschaffungskosten abzüglich dem Liquidationswert bei sofortigem Verkauf der Anlage.<sup>14</sup> Hinzu kommen *pro Periode reversible fixe Kosten* ( $K^f$ ) der Maschine und anderer Produktionsfaktoren, die zur Aufrechterhaltung der Produktionsbereitschaft notwendig sind<sup>15</sup>, sowie *variable Kosten* ( $K^v_i$ ), die unmittelbar von der produzierten Menge abhängen. Ihnen stehen Erlöse ( $E_i$ ) gegenüber, die von Absatzpreis und -menge bestimmt werden, so daß sich pro Periode ein *Deckungsbeitrag* ( $DB_i$ ) von  $DB_i = E_i - K^f_i - K^v_i$  ergibt.<sup>16</sup>

*Ex ante* lohnt die Investition nur, wenn der Barwert dieser zukünftigen Deckungsbeiträge die irreversiblen Kosten übersteigt

$$\sum_{i=1}^n \frac{1}{(1+r)^i} DB_i > K^{IR}$$

Entwickeln sich später die Erlöse und Kosten und damit die Deckungsbeiträge nicht wie erwartet, so kann sich die Investition im Nachhinein als unrentabel herausstellen.

12 Unter Festlegung verstehen wir die Umwandlung von Geldkapital in Sachkapital und immaterielle Produktionsfaktoren.

13 Vgl. ähnlich *Kantzenbach, E./Kruse, J.*: Kollektive Marktbeherrschung, Göttingen 1985, S. 60. In der angelsächsischen Literatur werden dafür auch die Begriffe „Sunk Costs“, „Sunk Investment“, „Asset Specificity“, „Quasi-Rents“ u.ä. verwandt. Vgl. beispielsweise *Williamson, O. E.*: Transaction-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations, in: *Journal of Law and Economics* 22 (1979), S. 233 ff. und *Baumol, W.J./Panzar, J.C./Willig, R.D.*: Contestable Markets and the Theory of Industry Structure, New York 1982.

14 Die Liquidation sei die beste Nutzungsalternative.

15 Wir sprechen von reversiblen (perioden-) fixen Kosten, weil über sie zu Beginn jeder Periode neu entschieden werden kann. Sie ergeben sich für die Produktionsanlage aus der Differenz zwischen ihrem Liquidationserlös zu Beginn und am Ende der Periode (zeitabhängige Abschreibung) und der entgangenen Verzinsung des Liquidationserlöses während der Periode.

16 Deckungsbeitrag ist dabei i. S. von Beitrag zur Deckung der *irreversiblen Kosten* zu verstehen.

Das damit verbundene Risiko ist um so größer, je höher die irreversiblen, „unwiederbringlichen“ Kosten ausfallen und je unsicherer die Entwicklung der zukünftigen Kosten- und Nachfragedeterminanten ist.

Vor diesem Hintergrund läßt sich zeigen, daß das Investitionsrisiko in Ostdeutschland besonders hoch ist und den Aufbau von Arbeitsplätzen erschwert. Zum einen ist die Unsicherheit über die Höhe der zum Teil weit in der Zukunft liegenden Deckungsbeiträge besonders groß. Es handelt sich häufig um neue Produkte, und es gibt auf der Kostenseite viele „Unbekannte“, z.B. die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte, die Sanierung von Altlasten oder ungeklärte Eigentumsfragen. Zum anderen müssen ostdeutsche Unternehmen häufig in vielen Bereichen investieren, z.B. in Produktionsanlagen, Know how, den Aufbau von Lieferbeziehungen oder in Werbemaßnahmen. Entsprechend sind die irreversiblen Kosten, über die „mit einem Schlag“ entschieden werden muß, besonders hoch. Dagegen wurden in westdeutschen Unternehmen viele dieser Investitionen bereits in der Vergangenheit getätigt, so daß deren irreversible Kosten kein Risiko mehr darstellen, sondern im Gegenteil die daraus noch erzielbaren Deckungsbeiträge ohne Reinvestitionen in anderen Bereichen verloren gingen. Weiterhin müssen ostdeutsche Unternehmen mit Anlaufschwierigkeiten rechnen, die sich auch als irreversible Kosten interpretieren lassen, die das Investitionsrisiko weiter erhöhen.

### C. Die Treuhandanstalt als „strukturpolitischer Akteur im Transformationsprozeß“<sup>17</sup>

Die Berliner Treuhandanstalt war lange Zeit ein wichtiger „strukturpolitischer Akteur im Transformationsprozeß“. Ihr war noch unter der Regierung Modrow die Verantwortung für 4,1 Mio. Beschäftigte übereignet worden, von denen sich inzwischen nicht mehr als 240.000 in ihrem Verantwortungsbereich befinden (Frühjahr 1993). Dies ist das Ergebnis einer Politik, die „Privatisierung als die wirksamste Sanierung“<sup>18</sup> ansieht und damit zum „entscheidenden Kriterium (macht), ob einem Betrieb eine privatwirtschaftliche Überlebenschance eingeräumt werden kann“<sup>19</sup>. Kritiker bemängeln, daß dieser „Markttest“ zu „Schleuderpreisen“ für ostdeutsche Betriebe geführt hat und vor allem zur Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen. Für diese Betriebe finden sich nicht nur aufgrund der geringen Effizienz der ehemaligen DDR-Betriebe keine Käufer, sondern vor allem aufgrund der Vielzahl der angebotenen Objekte.<sup>20</sup> Einem zügigen Verkauf steht neben einem mit der Investitionssumme steigenden Risiko vor allem im Wege, daß sich zusätzliche Finanzierungsmittel

17 Zu diesem Begriff vgl. Kühl, J./Schaefer, R./Wahse, J.: Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen im Oktober 1991, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 25 (1992), 1, S. 32 ff., hier S. 44.

18 Aussage des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Treuhandanstalt Rohwedder, zitiert nach Prieue, J.: Auftrag, Funktion, Handlungsoptionen und -grenzen der Treuhandanstalt als wichtigem Akteur im Transformationsprozeß, in: Peters, W. (Hrsg.): Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern, SAMF-Arbeitspapier 2/1992, Gelsenkirchen 1992, S. 103 ff., hier S. 103.

19 Siebert, a.a.O., S. 104. Diese Position wird auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch vom wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft vertreten.

20 Vgl. Prieue, a.a.O., S. 106 und Sinn/Sinn, a.a.O., S. 107.

diesen Umfangs nur in einem längeren Zeitraum aus der volkswirtschaftlichen Ersparnis hätten aufbringen lassen.<sup>21</sup>

Auf die sehr hohen Leistungen der Treuhand und auf die Probleme bei und nach der Privatisierung – beispielsweise wurden Beschäftigungszusagen häufig nicht eingehalten – möchte ich hier nicht eingehen, das böte „Stoff“ für einen eigenen Vortrag.

#### D. Beschäftigungsgesellschaften als Träger einer aktiven Arbeitsmarktpolitik

Der starke Rückgang der Arbeitsnachfrage, nicht zuletzt aufgrund des starken Personalabbaus in Treuhandunternehmen, wurde zum Teil von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) aufgefangen. Dazu hatte es allerdings an institutionellen Trägern gefehlt, denn die Kommunen waren anfangs kaum handlungsfähig, und es gab kaum gemeinnützige Träger.<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang sind sogenannte *Beschäftigungsgesellschaften* zu sehen, die ausschließlich zum Zweck der Förderung von Beschäftigung und Qualifikation gegründet wurden und dazu mit öffentlicher Förderung (befristete) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführen, um vor allem Aufgaben im Bereich der Betriebsdemontage und Umweltsanierung wahrzunehmen.<sup>23</sup>

Heftig umstritten ist, ob und in welchem Umfang eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Beschäftigungsgesellschaften betrieben werden sollte. Kritiker sehen sie als „ziemlich merkwürdige ökonomische Veranstaltung. Sie dürfen nichts produzieren, das sich selbst am Markt behaupten könnte, denn dann verdrängen sie normale Produktionen oder lassen neue Unternehmen nicht auf den Markt kommen. ... Sie dürfen aber auch nicht ‚zu sehr‘ vom Gütermarkt abgesetzt werden, denn sie sollen etwas Sinnvolles produzieren.“<sup>24</sup>

Befürworter von ABM stellen nicht in Abrede, daß die Schaffung regulärer Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich oder gezielte staatliche Aufträge an ostdeutsche Firmen „sinnvoller sein könnte als eine exzessive ABM-Politik“. Solange jedoch Arbeitsförderung „in erheblicher Größenordnung notwendig sein wird“, plädieren sie dafür, Beschäftigungsgesellschaften nicht nur als „Auffanglösungen“ zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung zu verstehen, sondern auch als „Aufbaulösungen“, die aktiv zur Bewältigung des Strukturwandels beitragen und so mittelbar auch das Angebot an Arbeitsplätzen erhöhen.<sup>25</sup>

21 Vgl. *Sinn/Sinn*, a.a.O., S. 113 ff. Sie weisen darauf hin, daß kein Austausch ostdeutscher gegen westdeutsche Kapitaltitel erfolgt, so daß ein Kapitalbestand aus Sparströmen aufgebracht werden muß. Die Autoren nennen als weitere Ursachen für den langsamen Verkauf von Treuhandunternehmen und den niedrigen dabei erzielten Preis die Absicht, bei der Privatisierung keine Marktmacht entstehen zu lassen, die Kreditfinanzierung der Vereinigungspolitik, die zu einem höheren Realzins geführt hat, den starken Anstieg der Löhne sowie die Berücksichtigung von Beschäftigungszusagen der Käufer.

22 Im Arbeitsförderungsgesetz sind ABM als kollektive Aktionen definiert, die eines institutionellen Trägers bedürfen. Vgl. *Knuth, M.*: Zur Rolle von Beschäftigungsgesellschaften im Transitionsprozeß der neuen Bundesländer, in: *Peters*, a.a.O., S. 27 ff., hier S. 34.

23 M. Knuth gebraucht dafür in diesem Band den Begriff „Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS-Gesellschaften)“. Vgl. auch *Kaiser, M./Otto, M.*: ABS in den neuen Bundesländern: Bestand, Maßnahmenswerpunkte, Teilnehmer, IAB-Kurzbericht Nr. 7 vom 21. 2. 1992.

24 *Siebert*, a.a.O., S. 129.

25 Vgl. *Knuth*, a.a.O., S. 38 f.

### III. Besonderheiten auf der Arbeitsangebotsseite

#### A. Die Entwertung des Humankapitals

Die gute Bildung und Ausbildung der Menschen in der ehemaligen DDR wird häufig als „Aktivposten“ für die Entstehung einer leistungsfähigen Wirtschaft bezeichnet.<sup>26</sup> Dieses *Humankapital* wurde allerdings durch die Wirtschafts- und Währungsunion und den Beitritt zur Bundesrepublik zum Teil *entwertet*, zum einen weil die Qualifikationsinhalte auf ein anderes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ausgerichtet waren und von veralteten Organisations- und Produktionstechniken ausgingen. Zum anderen führt der *Strukturwandel* auf der Arbeitsnachfrageseite zu *veränderten Qualifikationsanforderungen*. Damit verlieren Kenntnisse und Fähigkeiten, die an den Erfordernissen bestimmter Branchen ausgerichtet sind, an Wert.<sup>27</sup>

#### B. Der Strukturbruch bei den institutionellen Rahmenbedingungen

Die Erwerbsbeteiligung war in der ehemaligen DDR Gegenstand staatlicher Planung, so daß nur wenig Spielraum für individuelle Arbeitsangebotsentscheidungen blieb; neben dem Recht auf Arbeit bestand eine Pflicht zur Arbeit.<sup>28</sup> Der Systemwechsel hat zu mehr Freiheit bei der Entscheidung für oder gegen eine Erwerbstätigkeit geführt; allerdings wird dieser neu-gewonnene Entscheidungsspielraum durch den Mangel an Arbeitsplätzen eingeschränkt. Hinzu kommt, daß sich weitere gesellschaftliche, ökonomische und soziale Rahmenbedingungen abrupt verändert haben und damit eine Erwerbstätigkeit für verschiedene Gruppen weniger lohnend und/oder weniger möglich geworden ist.

#### 1. Veränderungen der Erwerbsquoten

Verändert haben sich bzw. verändern werden sich vor allem die *Erwerbsquoten* von

- verheirateten und alleinerziehenden Frauen,
- älteren und
- jungen Menschen.

Ich möchte dafür nur exemplarisch einige Gründe aufzählen:

- Das westdeutsche Steuer- und Sozialsystem begünstigt die *Alleinverdienerehe*.
- Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern wurden abgebaut.

26 20% der Arbeitskräfte verfügen über einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß, 55,5% über eine abgeschlossene Berufsausbildung, und nur 21% haben keine formale berufliche Qualifikation. Dieser Vergleich ist allerdings vor dem Hintergrund einer Reihe von Besonderheiten des Bildungs- und Ausbildungssystems der ehemaligen DDR zu sehen. Vgl. dazu Neubäumer, Arbeitsmarkt, a.a.O., S. 100.

27 In der ehemaligen DDR waren weit mehr Erwerbstätige mit manuellen Fertigungstätigkeiten, Reparatur und Instandhaltung sowie landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt. Vgl. Schaefer, R./Wahse, J.: Prognostische Einschätzung des Einflusses moderner Technologien auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen in der DDR, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), 1, S. 68 ff., hier S. 73, und Dostal, W.: Erläuterungen und Ergänzungen zu diesem Aufsatz, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), 1, S. 80 ff., hier S. 81.

28 Zum System der Arbeitskräftelenkung vgl. Berg, D.: Jetzt hat auch die DDR Arbeitslose, in: Deutschland-Archiv 23 (1990), 3, S. 417 ff.

- Die Arbeitsmarktchancen für Frauen und für ältere Arbeitnehmer haben sich drastisch verschlechtert.
- Für ostdeutsche Jugendliche haben sich die Bildungsmöglichkeiten stark verbessert, und eine bessere Qualifikation zahlt sich jetzt mehr aus.

Zudem haben sich in den neuen Ländern institutionelle Rahmenbedingungen ergeben, bei denen in vielen Fällen die Lohnhöhe einen starken Einfluß auf die Entscheidung haben dürfte, die eigene Arbeitskraft am Markt anzubieten. Es ist mit einer relativ *hohen Lohnelastizität* des Arbeitsangebots zu rechnen.

## 2. Hohe Lohnelastizität

Ostdeutsche Arbeitnehmer, die die Branche oder den Beruf wechseln müssen und/oder deren Humankapital entwertet wird, stehen häufig(er) vor der Alternative, eine Stelle anzunehmen, bei der der Lohn deutlich unter dem ihres alten Arbeitsplatzes liegt. Beispielsweise erreicht das durchschnittliche Bruttoeinkommen in der Verbrauchsgüterindustrie mit 2030 DM nur 70% des Einkommens in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie bzw. 61% des Wertes im Bergbau.<sup>29</sup> Als Folge kann das mit der neuen Beschäftigung erzielbare Einkommen nur wenig über oder sogar unter dem Arbeitslosengeld liegen. Die Annahme der Stelle ist dann unter finanziellen Aspekten nicht lukrativ, so daß ein Arbeitsangebot unterbleiben kann. Dies liegt vor allem nahe, wenn der neue Arbeitsplatz nicht sicher ist, so daß mit erneuter Beschäftigungslosigkeit und einem dann niedrigeren Arbeitslosengeld gerechnet werden muß.

Auf der anderen Seite dürfen nicht finanzielle Motive für eine Berufstätigkeit (Erhöhung des Selbstwertgefühls, soziale Kontakte am Arbeitsplatz) nicht übersehen werden sowie die Möglichkeit, dadurch die eigenen Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Weiterhin kann ein Arbeitsangebot unterbleiben, weil die Sozialhilfe nur wenig unter oder sogar über dem erzielbaren Nettoeinkommen liegt. Damit ist in den neuen Ländern weit häufiger zu rechnen, weil Ende 1992 die Sozialhilfesätze bereits weitgehend an die westdeutschen angepaßt sind, während die von den Unternehmen gezahlten Löhne und Gehälter um gut ein Drittel unter denen in der alten Bundesrepublik liegen.<sup>30</sup> Schließlich lohnt, seine Arbeitskraft nicht am ostdeutschen Markt, sondern in Westdeutschland anzubieten, wenn das zusätzliche Einkommen die Mobilitätskosten (z.B. Fahrtkosten und -zeiten oder die Beeinträchtigung sozialer Beziehungen) übersteigt.

29 Am schlechtesten wird im Handel mit 1800 DM verdient. Dabei werden die Bruttoeinkommen der beschäftigten Arbeitnehmer für das 3. Quartal 1992 betrachtet. Vgl. *DIW*: Sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: *DIW*-Wochenbericht 4/1993, S. 35 ff., hier S. 40.

30 Die Sozialhilfe in den neuen Ländern erreicht 96% der westdeutschen Sätze, während der Bruttoverdienst in Ostdeutschland mit 2483 DM bei 63% des westdeutschen lag. Vgl. ebenda.

#### IV. Das Zusammenspiel beider Marktseiten

##### A. Arbeitsmarktpolitik verhinderte dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit

Derzeit sind 1,2 Mio. Menschen in den neuen Bundesländern ohne Arbeit, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 15%. Daß die Erwerbslosigkeit nicht noch höher liegt und damit dramatische Werte erreicht hat, ist neben der Entlastung durch Abwanderer und Pendler um etwa 1,1 Mio. vor allem auf *arbeitsmarktpolitische Maßnahmen* zurückzuführen. Sie trugen zur *Erhaltung bestehender Arbeitsplätze* bei, indem sie sie in ABM-Stellen umwandelten und die Möglichkeit von Kurzarbeit boten; aufgrund von ABM-Maßnahmen gab es Ende 1992 360.000 Arbeitsplätze zusätzlich, und die Zahl von 230.000 Kurzarbeitern läßt sich in ein Äquivalent von etwa 110.000 Stellen umrechnen. Weiterhin reduzierte die Arbeitsmarktpolitik das *Arbeitsangebot*, indem sie Arbeitssuchenden den Weg in Weiterbildungsmaßnahmen und den vorgezogenen Ruhestand eröffnete; beides zusammen nahmen immerhin mehr als 1,2 Mio. Menschen wahr.

##### B. Besonderheiten des Lohnbildungsprozesses

Der durchschnittliche Bruttoverdienst ostdeutscher Arbeiter betrug im Frühjahr 1990 1150 Mark der DDR und erreichte damit nur rund 30% des Einkommensniveaus in den alten Ländern. Ein Jahr später – inzwischen waren die Ostlöhne auf D-Mark umgestellt worden – lagen die Arbeitsentgelte um 65% höher und im Herbst 1992 um 125%, so daß sie etwa 61% der westdeutschen Verdienste erreichten.<sup>31</sup> Diese Einkommensentwicklung und vor allem der *Prozeß der Lohnbildung* ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß Löhne verschiedene „Dimensionen“ haben: Für die Unternehmen sind sie *Kosten* und für die Arbeitnehmer *Einkommen*, das der Sicherung ihres Lebensstandards dient. Sie sollen die Mitarbeiter *motivieren* und müssen dazu von ihnen als „gerecht“ angesehen werden, und sie müssen so hoch sein, daß die Beschäftigten *nicht* zu anderen Unternehmen *abwandern*. Schließlich beeinflussen die in anderen Betrieben an andere Arbeitnehmer gezahlten Löhne die *Wettbewerbsfähigkeit* des *eigenen Unternehmens* bzw. des *eigenen Arbeitsangebots*. Die Löhne, die aus diesen verschiedenen Blickwinkeln als „richtig“ angesehen werden, fallen in Ostdeutschland – nicht zuletzt aufgrund des Strukturbruchs auf der Nachfrage- und Angebotsseite des Arbeitsmarktes – weit auseinander.

##### 1. Löhne als Kosten<sup>32</sup>

Für die Betriebe ist entscheidend, wieviel sie insgesamt für die von den Arbeitnehmern erbrachte Leistung bezahlen müssen, und zwar in Relation zu dem, was sie am Markt mit den so produzierten Gütern und Dienstleistungen Erlösen können.<sup>33</sup> Die

31 Bruttononatsverdienste der Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe. Vgl. *Sachverständigenrat* 1991/92, Z. 160 und *DIW* 4/1993, S. 36 und 40. Aus den DIW-Zahlen wurde die Steigerungsrate zwischen Herbst 1991 und 1992 (nur für die oben genannten Vollzeitbeschäftigten) berechnet.

32 In diesem Zusammenhang wird häufig der Begriff Produktlohn (product wage) gebracht. Vgl. *Franz, W.: Arbeitsmarktökonomik*, Berlin u.a. 1991, S. 266.

33 Bezieht man fixe Kosten der Anwerbung und Ausbildung von Arbeitnehmern ein, so muß selbst bei vollkommener Konkurrenz – ihr Wertgrenzprodukt größer sein als ihr Lohn.

Wirtschafts- und Währungsunion stellte ostdeutsche Unternehmen von zwei Seiten vor Probleme:<sup>34</sup>

– Ihr Personalaufwand erhöhte sich, weil die von ihnen gezahlten *Löhne und Gehälter* stiegen und weil die Übernahme westdeutscher Regelungen zu erheblichen *Personalzusatzkosten* führte.

– Viele von ihnen mußten ihre jetzt auf D-Mark laufend Preise stark senken, um ihre Produkte absetzen zu können. Dies galt vor allem für international gehandelte Güter, die – jetzt auch im Inland – dem Wettbewerb mit hoher Produktivität hergestellter westlicher Waren ausgesetzt sind.<sup>35</sup> Damit Ostwaren im Westen verkauft werden konnten, waren bereits zu DDR-Zeiten Preiszugeständnisse nötig gewesen. Dies belegen die sogenannten „Devisenertragskennziffern“, die angaben, wie viele D-Mark je eingesetzter Ostmark Erlöst werden konnten. 1989 hatte der Durchschnittswert dieser Devisenertragskennziffern 0,23 betragen.<sup>36</sup>

## 2. Löhne als Einkommen

Für die Beziehung von Lohn und Gehalt ist entscheidend, welchen Gegenwert an *Gütern und Dienstleistungen* sie damit erwerben können.<sup>37</sup> Dies hängt zum einen davon ab, wie hoch die Steuern und Abgaben sind, die direkt vom Lohn abgezogen werden, zum anderen spielen die verschiedenen Güterpreise – und eng damit verknüpft – Verbrauchsteuern und Subventionen eine Rolle.

Die Wirtschafts- und Sozialunion führte für ostdeutsche Arbeitnehmer zu einer höheren Belastung mit direkten Steuern und Sozialversicherungsabgaben und ein zunächst weitgehend unverändertes Preisniveau bei besserer Qualität und Verfügbarkeit der Produkte.<sup>38</sup> Erst anschließend zogen die Preise kräftig an und lagen im September 1992 um 28% höher. Dies ist vor allem auf den Abbau von Preissubventionen, die schrittweise Anpassung der Wohnungsmieten und Verbrauchsteuererhöhungen zurückzuführen. Insgesamt hat sich das durchschnittliche Nettoeinkommen aller ostdeutschen Arbeitnehmer stärker erhöht als das Preisniveau, so daß ihr *Konsumlohn* deutlich *gestiegen* ist.

Allerdings verbirgt sich hinter diesem statistischen Durchschnitt eine für die verschiedenen Arbeitnehmergruppen uneinheitliche Entwicklung des Lebensstandards, weil sie von Preissteigerungen und Lohnerhöhungen unterschiedlich betroffen sind. Der Berechnung des Preisniveaus und seiner Entwicklung liegt ein repräsentativer Warenkorb, bewertet mit Durchschnittspreisen, zugrunde. Für den einzelnen Arbeitnehmer kann die Verteuerung seiner Lebenshaltung deutlich höher ausfallen, wenn er persönlich mehr Güter mit hohen Preissteigerungen, wie z.B. Energie, verbraucht und/oder wenn bei ihm einzelne Preise, wie z.B. seine Miete, einen überdurch-

34 Zu den Konsequenzen der Unterscheidung zwischen gehandelten Gütern vgl. *Sinn/Sinn*, a.a.O., S. 62 ff.

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. ebenda, S. 60.

37 Daher wird häufig auch von Konsumlohn (consumption wage) gesprochen. Vgl. *Franz*, Arbeitsökonomik, a.a.O., S. 266.

38 Zu den verschiedenen Berechnungen des Kaufkrafteffekts der Währungsumstellung und zur Warenkorbproblematik vgl. *Sinn/Sinn*, S. 54 ff.

schnittlichen Anstieg aufweisen. Zudem haben nicht alle Beschäftigten gleichermaßen an den hohen Lohnsteigerungen partizipiert, denn „die sektoralen Verdienstunterschiede haben seit April 1990 beachtlich zugenommen“. Dies belegt der Vergleich der höchsten mit den niedrigsten Bruttomonatsverdiensten in ausgewählten Wirtschaftszweigen: Ihr Abstand hatte im Frühjahr 1990 nur knapp 30 vH betragen und war ein Jahr später auf 73 vH angewachsen.<sup>39</sup>

Festzuhalten bleibt, daß eine stärkere sektorale, qualifikatorische und regionale Lohn Differenzierung nur dann nicht zu einer Senkung des Lebensstandards für einen Teil der Arbeitnehmer führt, wenn der durchschnittliche Konsumlohn steigt. Allerdings dürfte der reale Nettolohn über das dafür notwendige Maß hinaus gewachsen sein.

### 3. „Gerechte“ Löhne

Dies ist vor dem Hintergrund von Effizienz- und Gerechtigkeitsüberlegungen zu sehen, wie sie neuere (mikroökonomische) Arbeitsmarkttheorien in das Blickfeld rücken<sup>40</sup>: Durch höhere Löhne können die Unternehmen die Motivation und damit die Produktivität ihrer Mitarbeiter erhöhen; umgekehrt werden die Arbeitnehmer ihre Leistungsintensität reduzieren, wenn der tatsächlich gezahlte Lohn unter einem als „fair“ angesehenen Niveau liegt.<sup>41</sup>

Die Vorstellung in den neuen Ländern, welches Arbeitsentgelt „gerecht“ ist, orientiert sich vor allem an den in der alten Bundesrepublik erzielten Einkommen, so daß die Forderung einer schnellen Angleichung der Tariflöhne nicht überrascht; sie wurde auch von vielen Westdeutschen unterstützt. Entsprechend haben Ende 1992 die monatlichen Tarifverdienste in Ostdeutschland knapp 75% des Niveaus in den alten Ländern erreicht.<sup>42</sup> Dabei ist häufig in der Öffentlichkeit nicht bekannt, daß die Ost-West-Relation bei den Effektivverdiensten deutlich niedriger liegt, weil weniger tarifliche und freiwillige Sonderzahlungen geleistet werden, die Eingruppierungsstruktur ungünstiger ist, seltener über Tarif bezahlt wird und weniger Überstunden geleistet werden.<sup>43</sup>

Darüber hinaus sehen es vor allem Großunternehmen als lohnend an, in den neuen Ländern Westlöhne zu zahlen, um die „Arbeitsmoral“ zu heben und ein Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte zu verhindern.

39 Vgl. *Sachverständigenrat*, 1991/92, Z. 160. Ein Jahr später schreibt der Rat allerdings, daß sich diese Verdienstunterschiede wieder leicht zurückgebildet hätten. Vgl. *derselbe* 1992/93, Z. 127.

40 Eine gute und komprimierte Übersicht über Effizienzlohnansätze gibt *Yellen, J.L.*: *Efficiency Models of Unemployment*, in: *American Economic Review* 74 (1984), S. 200 ff. Vgl. auch *Gerlach, K./Hübler, O.* (Hrsg.): *Effizienzlohntheorie, Individualeinkommen und Arbeitsplatzwechsel*, Frankfurt, New York 1989, und *Neubäumer, R.*: *Ansätze zur Erklärung von Arbeitslosigkeit*, in: *Wirtschaftsdienst* 69 (1989), S. 357 ff.

41 Vgl. *Akerlof, G.A./Yellen, J.L.*: *The Fair Wage-Effort Hypothesis and Unemployment*, in: *Journal of Economics* 105 (1990), S. 255 ff., und *Solow, R.M.*: *The Labor Market as a Social Institution*, Cambridge 1990.

42 Vgl. *Sachverständigenrat* 1992/93, Z. 125. Bei den Stundenverdiensten erreicht die Ost-West-Relation nur 70%, weil die Wochen- und Jahresarbeitszeit der tarifgebundenen Arbeitskräfte in Ostdeutschland länger ist.

43 Vgl. ebenda, Z. 126.

#### 4. Konkurrenzdruck durch niedrigere Ostlöhne

Schließlich bleibt die Höhe der in Ostdeutschland gezahlten Arbeitsentgelte nicht ohne Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsplätze in der alten Bundesrepublik.

*Westdeutschen Unternehmen* hatte der Nachfrageschub aus den neuen Ländern zu einer hohen Auslastung ihrer Kapazitäten verholfen und sie zu umfangreichen Investitionen veranlaßt.<sup>44</sup> Viele von ihnen müßten um ihre Absatzchancen und Gewinne „bängen“, wenn Betriebe in Ostdeutschland ihr größeres Investitionsrisiko und ihre Standortnachteile nicht nur durch hohe Investitionsvergünstigungen, sondern auch durch *längerfristige Lohnkostenvorteile* kompensieren oder sogar überkompensieren könnten. Bei einem anhaltenden West-Ost-Lohngefälle bestünde zudem die „Gefahr“, daß sich mehr ausländische Firmen in den neuen Ländern ansiedeln und von dort aus den westdeutschen Markt erschließen würden.

Auch für *Arbeitnehmer in der alten Bundesrepublik* führte die Konkurrenz ostdeutscher „Billiganbieter“ zu einer Verschlechterung ihrer Arbeitsplatz- und Einkommenschancen. Darüber hinaus wären sie stärker dem direkten Wettbewerb von Arbeitsanbietern aus den neuen Ländern ausgesetzt, die im Westen eine besser bezahlte Stelle suchten oder als Leiharbeiter zu östlichen Bedingungen arbeiteten.

Vor diesem Hintergrund liegt die Schlußfolgerung nahe, daß in der alten Bundesrepublik weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer Interesse an längerfristig niedrigeren Löhnen bei konkurrierenden Unternehmen in den neuen Ländern haben.

#### V. Schlußfolgerungen

Die vorstehende Analyse sollte deutlich gemacht haben, daß der „Wiedervereinigungs- und Transformationsschock“, der abrupte Wandel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und dem damit einhergehenden Strukturbruch zu *zahlreichen Besonderheiten* am Arbeitsmarkt der neuen Länder geführt hat. Der *ostdeutsche Arbeitsmarkt ist „kein Arbeitsmarkt wie jeder andere“* und – ich möchte hinzufügen – der ostdeutsche Arbeitsmarkt ist „ein Markt wie jeder andere“. Er läßt sich eben nicht – wie dies im Rahmen neoklassischer Modelle z. T. geschieht – mit dem „Markt für Apfelsinen“ vergleichen:

- Arbeit kann und darf nicht getrennt von der Person des Arbeitnehmers gesehen werden, denn die Arbeit eines Menschen entscheidet u. a. über sein Wohlbefinden, sein Selbstwertgefühl, seine Anerkennung in der Gesellschaft und über seine sozialen Kontakte. Damit erhalten Fragen der Arbeitsbedingungen, der Motivation und der Qualifizierung eine große Bedeutung.
- Für viele Menschen ist Arbeit die einzige oder zumindest die wichtigste Einkommensquelle. Um sich einen bestimmten Lebensstandard sichern zu können, sind sie auf einen Arbeitsplatz „angewiesen“. Damit gewinnt die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Löhnen einen großen Stellenwert.

44 Die hohe Kapazitätsauslastung des Jahres 1989 wurde 1990 noch übertroffen, und die Investitionsquote stieg 1990 und 1991 deutlich an. Vgl. ebenda, S. 83 bzw. S. 314.

Vor diesem Hintergrund dürfen die Probleme und Risiken, die mit einer hohen und vor allem anhaltend hohen Unterbeschäftigung in den neuen Ländern verbunden sind, nicht zu gering eingeschätzt werden.

An dieser Stelle möchte ich auf den westdeutschen Arbeitsmarkt verweisen, auf die negativen Erfahrungen, die hier mit der hohen, lang andauernden Unterbeschäftigung gemacht wurden. Sie hat *Arbeitssuchende dequalifiziert, demotiviert* und aus dem *Erwerbsprozeß ausgegrenzt* und „ihre Spur in Form zahlreicher Langzeitarbeitslosen hinterlassen, deren Wiedereingliederung selbst in einer Zeit außergewöhnlichen Beschäftigungswachstums auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Es gilt zu *verhindern*, daß sich *dieser Vorgang in den östlichen Bundesländern* in noch größerem Ausmaß *wiederholt*“<sup>45</sup>

### Literatur

- Akerlof, G.A./Rose, A.K./Yellen, J.L./Hessenius, H.*: East Germany In From the Cold. The Economic Aftermath of Currency Union. Paper Presented at the Conference of the Brooking Panel of Economic Activity, Washington D.C., 4./5. April 1991, S. 12 ff.
- Akerlof, G.A./Yellen, J.L.*: The Fair Wage-Effort Hypothesis and Unemployment, in: Journal of Economics 105 (1990), S. 255 ff.
- Baumol, W.J./Panzar, J.C./Willig, R.D.*: Contestable Markets and the Theory of Industry Structure, New York 1982.
- Bellmann, L.*: Argumente für und gegen ein Lohnkostensubventionsprogramm in den neuen Bundesländern, in: Peters, W. (Hrsg.): Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern, SAMF-Arbeitspapier 2/1992, Gelsenkirchen 1992, S. 12 ff.
- Berg, D.*: Jetzt hat auch die DDR Arbeitslose, in: Deutschland-Archiv 23 (1990), 3, S. 417 ff.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände*: Die wichtigsten Ergebnisse der Umfragen „Entwicklungschancen und -hemmnisse in der DDR-Wirtschaft“ und „Aktivitäten Bundesdeutscher Unternehmen in der DDR“, Köln 1990.
- Buttler, F.*: Vorrang für aktive Arbeitsmarktpolitik, in: Handelsblatt vom 12. 4. 1990, wiederabgedruckt in: Presseschau der Bundesanstalt für Arbeit, S. 1 f.
- Buttler, F./Cramer, U.*: Entwicklung und Ursachen von mis-match-Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24 (1991), 3, S. 483 ff.
- DIW*: Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR, in: DIW-Wochenbericht 17/1990, S. 237 ff.
- DIW*: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1990/91 – Bundesrepublik Deutschland und DDR: Vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, in: DIW-Wochenbericht 26/1990, S. 341 ff.
- DIW*: Vereintes Deutschland – geteilte Frauengesellschaft? – Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands, in: DIW-Wochenbericht 41/1990, S. 575 ff.

45 *Sachverständigenrat* (1990), Z. 596 (eigene Hervorhebungen).

*DIW*: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, in: *DIW-Wochenbericht* 52/1992, S. 709 ff.

*DIW*: Sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: *DIW-Wochenbericht* 4/1993, S. 35 ff.

*Dostal, W.*: Erläuterungen und Ergänzungen zum Aufsatz von Reinhard Schaefer und Jürgen Wahse: „Prognostische Einschätzung des Einflusses moderner Technologien auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen in der DDR“, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 23 (1990), 1, S. 80 ff.

*Engelbrech, G./Brinkmann, C.*: Beschäftigungsprobleme der Frauen, Referat anlässlich der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1987.

*Franz, W.*: Im Jahr danach – Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, *Diskussionsbeiträge Serie II – Nr. 159*, Konstanz Oktober 1991.

*Franz, W.*: *Arbeitsmarktökonomik*, Berlin u.a. 1991.

*Gerlach, K./Hübler, O.* (Hrsg.): *Effizienzlohntheorie, Individualeinkommen und Arbeitsplatzwechsel*, Frankfurt, New York 1989.

*Gerstenberger, W.*: Das zukünftige Produktionspotential der DDR – ein Versuch zur Reduzierung der Unsicherheit, in: *ifo-Schnelldienst* 7/1990, S. 13 ff.

*Gröner, H./Kantzenbach, E./Mayer, O.G.* (Hrsg.): *Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1991.

*Helwerth, U.*: Die wollen jetzt nur noch Männer, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. 7. 1990.

*Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* (Hrsg.): *Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR*, Kurztgutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München August 1990.

*Kantzenbach, E./Kruse, J.*: *Kollektive Marktbeherrschung*, Göttingen 1985.

*Knuth, M.*: Zur Rolle von Beschäftigungsgesellschaften im Transitionsprozeß der neuen Bundesländer, in: *Peters, W.* (Hrsg.): *Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern*, SAMF-Arbeitspapier 2/1992, Gelsenkirchen 1992, S. 27 ff.

*Kruse, J.*: *Ökonomie der Monopolregulierung*, Göttingen 1985.

*Kühl, J./Schaefer, R./Wahse, J.*: Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhandfirmen im Oktober 1991, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 25 (1992), 1, S. 32 ff.

*Lappe, L.*: *Der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes in den neuen Bundesländern – Ursachen und Folgen*, SAMF-Arbeitspapier 4/1992, Gelsenkirchen 1992.

*Neubäumer, R.*: Ansätze zur Erklärung von Arbeitslosigkeit, in: *Wirtschaftsdienst* 69 (1989), S. 357 ff.

*Neubäumer, R.*: Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte einer auf mehr Beschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik, in: *Gröner, H./Kantzenbach, E./Mayer, O.G.* (Hrsg.): *Wirtschaftspolitische Probleme der Integration der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1991, S. 79 ff.

*Neubäumer, R.*: Die Verteilungswirkungen des Aufbaus in Ostdeutschland, in: *Wirtschaftsdienst* 71 (1991), S. 239 ff.

*Neubäumer, R.* (Hrsg.): *Arbeitsmarktpolitik kontrovers – Analysen und Konzepte für Ostdeutschland*, Darmstadt 1993.

*Peters, W.* (Hrsg.): *Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern*, SAMF-Arbeitspapier 2/1992, Gelsenkirchen 1992.

*Priewe, J.*: Auftrag, Funktion, Handlungsoptionen und -grenzen der Treuhandanstalt als wichtigem Akteur im Transformationsprozeß, in: *Peters, W.* (Hrs.): *Zur Arbeitsmarktentwicklung und zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in den neuen Bundesländern*, SAMF-Arbeitspapier 2/1992, Gelsenkirchen 1992, S. 103 ff.

*Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*: *Jahresgutachten verschiedener Jahre*.

*Scheuer, M.*: Ausbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte in der DDR, in: *RWI-Mitteilungen* 41 (1990), S. 67 ff.

*Siebert, H.*: *Das Wagnis der Einheit: eine wirtschaftspolitische Therapie*, Stuttgart 1992.

*Vogler-Ludwig, L.*: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: *ifo-Schnelldienst* 24/1990, S. 3 ff.

*Williamson, O.E.*: Transaction-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations, in: *Journal of Law and Economics* 22 (1979), S. 233 ff.

*Yellen, J.L.*: Efficiency Models of Unemployment, in: *American Economic Review* 74 (1984), S. 200 ff.

*Zedler, R.*: Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1990 – Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Qualifikationshilfen, in: *Wirtschaft und Berufserziehung* 6/1990, S. 167 ff.

# Wo liegt Europa? Mythos und politische Idee

von Herfried Münkler

## I.

Allem Anschein nach hat Europa die Intellektuellen des 20. Jahrhunderts nicht sonderlich interessiert – zumindest bis vor kurzem. Als Rechtsintellektuelle, wenn Sie mir diese abkürzende politische Klassifizierung erlauben, haben sie sich überwiegend mit Staat und Nation beschäftigt, und als Linksintellektuelle haben sie sich mit menschheitlichen Fragen auseinandergesetzt. Europa als eine politisch-geographische Einheit, als politisch-kulturelle Idee, wie auch immer man es bestimmen will, fiel zwischen diesen beiden Bezugsgrößen hindurch – oder aber es wurde sogar als ein mehr oder minder scharfer Gegenentwurf zu den je eigenen politischen Perspektiven wahrgenommen – im einen Fall als eine die Bestimmtheit von Staat und Nation aufweichende Größe, im anderen Fall als ein universales Menschheitsperspektiven entgegenstehendes Machtkonglomerat, das als Ausgangspunkt von Kolonialismus und Imperialismus den Visionen einer friedlichen Menschheitsordnung entgegenstand. Mehr und stärker noch als die Rechtsintellektuellen haben sich die Linksintellektuellen von Europa abgewandt, das für sie entweder der Ort sinnlos aufeinanderprallender Nationalismen oder aber das Zentrum einer unterdrückenden und/oder ausbeuterischen Herrschaft über Teile der Welt war. So fanden sich denn die Träger der politischen Erwartungen und Hoffnungen nicht in Europa, sondern an dessen Peripherie bzw. gänzlich außerhalb seiner: Das reicht von der von Jerusalem nach Moskau verlagerten Vorstellung, daß das Erleuchtung verkörpernde und Rettung ankündigende Licht im Osten aufgehe, eine Vorstellung, die vor allem in den 20er und 30er Jahren und dann noch einmal Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre virulent war und für die Ernst Bloch die Zitatvariation „ubi Lenin, ibi Jerusalem“ geprägt hat, bis zu der Idee der Dritten Welt als Entstehungsort einer neuen politischen Ordnung, von China über Kuba bis Nicaragua.

Es könnte sein, daß die Sprach- und Perspektivlosigkeit der intellektuellen Linken, wie sie schon vor dem so sang- und klanglosen Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus allenthalben zu beobachten war, die seit 1989 dann freilich unübersehbar geworden ist, in dieser – vom europäischen Zentrum aus gesehen – Peripherisierung ihrer politischen Visionen eine ihrer Ursachen hat. Aber auch die intellektuelle Rechte hat bezüglich Europas wenig bis nichts zu bieten. Die Folge dessen war, daß das, was in den letzten Jahren als Europa bezeichnet worden ist, entweder die Konstruktion Brüsseler Büro- und Technokraten war – sie wurde bekannt unter dem Kürzel „Europa '92“ – oder aber es sich um einen beliebigen Inklusions- oder Exklusionsbegriff handelte, mit dem den einen attestiert wurde, sie gehörten sehr wohl zu Europa, während andere damit aus den europäischen Grenzen herausgedrängt wurden. Und bei all dem lag die semantische Verfügung über das, was je als Europa bezeichnet wurde, allein in den Händen der politischen Klasse.

Ein kurzer Blick in historische oder politikwissenschaftliche Handbücher ist geeignet, diese ersten Feststellungen zu untermauern: Von „Eurokommunismus“ ist da die

Rede, von „Europaakademien“ und „Europabürokratie“, aber Europa selbst kommt als alleinstehender Begriff, als politische Idee nicht vor. Europa existiert hier nur in institutionalistisch sedimentierter Form: als Ergebnis jener politischen Beschlüsse, durch die aus dem „Europa der Sechs“ das „Europa der Zwölf“ geworden ist.

Die Politikwissenschaft hat also das eingangs konstatierte Desinteresse der Intellektuellen an Europa fortgeschrieben; indem sie darauf verzichtet hat, Begriff bzw. Idee Europas unabhängig von den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft zu bestimmen, um so seiner Verfügbarkeit durch politische Eliten wenn nicht ein Gegengewicht so doch zumindest einen Maßstab gegenüberzustellen. Intellektuelles Desinteresse, Phantasielosigkeit, vielleicht auch Denkfaulheit hat so einen der zentralen Begriffe der zeitgenössischen Politik zu beliebigen Verfügungsmasse der politischen Klasse werden lassen: die Beantwortung der Frage, was Europa sei und was es sein soll, wo es beginnt und wo es endet und ob es weltpolitisch eine Aufgabe hat, die spezifisch mit seiner kulturell-geographischen Identität eben als *Europa* zu tun hat.

Ich möchte nachfolgend einen ideengeschichtlichen Streif- und Beutezug unternehmen, von dem ich erhoffe, daß er einige Hinweise und Anregungen zu diesen als offen reklamierten Fragen erbringt. Ich beginne, indem ich zunächst auf die Brüchigkeit eines geographisch definierten Europabegriffs eingehe und die Unmöglichkeit einer europäischen Identitätsbestimmung durch Rückgriff auf den klassischen Mythos von der entführten Königstochter Europa aufzeige. Daran anschließend werde ich einiges über das Selbstverständnis des karolingischen Europa sagen, das in der jüngeren Vergangenheit insofern von Bedeutung war, als sich die Anfänge der EWG mit Frankreich, den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik Deutschland sowie Italien historisch in der Tradition des karolingischen Europa sehen konnten – eines Europa, dessen Ostgrenze übrigens mit dem Lauf der Elbe zusammenfiel. Nicht erst mit dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs, sondern bereits mit dem Beitritt Großbritanniens, Spaniens und insbesondere Griechenlands ist dieser Rückgriff obsolet geworden, und so frage ich, ob ein weniger politisch als vielmehr kulturell fundierter Europabegriff, wie er in der Zeit des Humanismus und der Aufklärung entfaltet worden ist, hier weiterhelfen kann. Diese Dimension der Europaidee soll schließlich komplementiert werden durch einen geopolitischen bzw. wirtschaftsgeographischen Europabegriff, in dem neben dem Modell der Flügelmächte auch die Konzeption Mitteleuropas hervortritt, die in letzter Zeit wieder zentrale Bedeutung erlangt hat und die zum eigentlichen Focus der Frage, wo Europa denn liege, geworden ist. Einige abschließende Überlegungen sollen dann den Ertrag dieses ideengeschichtlichen Streif- und Beutezuges zusammenstellen. Ich beginne mit Geographie und Mythologie.

## II.

Zumindest nach Osten hin sind Europas Grenzen undeutlich. Jahrhundertlang hat der Don als die östliche Grenze Europas gegolten, und erst die Geographen des 18. Jahrhunderts haben in Anerkennung der von Peter dem Großen vollzogenen Öffnung Rußlands nach Westen die Grenzen Europas bis zum Ural vorgeschoben. Die geographische Festlegung der östlichen Grenze Europas scheint also abhängig zu sein von den jeweiligen politischen Gegebenheiten. Aber nicht nur die östliche, sondern auch die südliche Grenze Europas ist undeutlich, denn das Mittelmeer ist

eher für die nordalpinen als für die mediterranen Bewohner Europas eine Grenze: Schon der Begriff mediterran, also mittelländisch, der die Nord- wie die Südküste des Mittelmeeres gleichermaßen umfaßt, verweist darauf. Spanier, Franzosen und Italiener waren seit dem 19. Jahrhundert bestrebt, die gegenüberliegende Küste zu gewinnen und sie ihrem politischen Machtbereich einzugliedern, von Libyen über Algerien bis Marokko. Erst die Entkolonialisierung hat das Mittelmeer zur Grenze zwischen Nordafrika und Südeuropa werden lassen - wobei inzwischen, wie Sie vielleicht wissen, einige Norditaliener, zumindest die der Lega Lombarda, fragen, ob Süditalien überhaupt zu Europa gehöre.

Damit aber entfällt auch der ansonsten zwecks Identitätsstiftung so gern bemühte Verweis auf die Antike, denn diese war mittelmeerisch und band die drei der damaligen Welt weitest geläufigen Erdteile Asien, Afrika und Europa zu einer Einheit zusammen: So berührt die Reise des Odysseus, sein in der *Odyssee* geschildertes Umherirren im Mittelmeer, alle drei Erdteile, sie beginnt in Kleinasien und führt über Afrika nach Europa zurück, ebenso übrigens wie die von Vergil geschilderte Fahrt des Aeneas von Troja über Karthago nach Italien, welche, der *Aeneis* zufolge, die Vorgeschichte der Gründung Roms bildet. Und Jerusalem, um neben dem griechisch-römischen auch den jüdisch-christlichen Bezug anzuziehen, liegt in heilsgeographischer Verortung dort, wo alle drei Erdteile zusammenstoßen: im Zentrum der damals bekannten Welt. Europa, so die pointierte Konsequenz, die Henri Pirenne daraus gezogen hat, ist erst im Mittelalter entstanden, und zwar mit der Schließung des Mittelmeeres, mit der Kappung der überseeischen Verbindungen von Norden nach Süden und von Westen nach Osten infolge des arabischen Vorstoßes im 8. Jahrhundert. Europa, das sich mit der karolingischen Reichsgründung auch tatsächlich diesen Namen beigelegt hat, ist in diesem Sinne eine Residuafigur des antiken Kulturraums, und ohne den arabischen Vorstoß hätte die Schwerpunktverlagerung von Alexandria, Antiochia, Athen und Rom nach Paris, Aachen und Magdeburg nicht stattgefunden. Als politisch-kulturelle Größe, so läßt sich resümieren, verdankt sich Europa arabisch-muslimischer Geburtshilfe. Das aber heißt auch: Europa entsteht als politisch-kulturelle Einheit infolge der zeitweiligen Randständigkeit Roms, des politischen Zentrums der mittelmeerischen Welt. In seinen Anfängen als politisch-kulturelle Größe war Europa identisch mit dem karolingischen Reich und seinem Ausstrahlungsbereich, und das Europa der Sechs war im wesentlichen identisch mit dem Reich Karls des Großen.

Das ist es spätestens mit dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft nicht mehr: Neben der Abdrängung vom Mittelmeer gehört zur Entstehung Europas als in sich leidlich geschlossener kultureller Einheit nämlich auch das Schisma mit Byzanz. Von nun an geht Europa oder, vorsichtiger gesagt, das lateinische Westeuropa, seinen kulturellen Eigenweg, der sich am deutlichsten vielleicht in einem unterschiedlichen Gottesbild ausdrückt: im einen Fall Christus als Pantokrator, als Weltenherrscher, der seine Widersacher und Feinde niedergeworfen hat, und im anderen Fall, seit dem 12./13. Jahrhundert, Christus als leidender Mensch, als Kreuzesmann, nicht Sieger, sondern Opfer. Vor allem gehört dazu, daß im Westen Staat/Politik und Religion getrennte, wenn nicht gar entgegengesetzte Wege gingen, während im Osten Fragen der Theologie politischen Entscheidungsgremien untergeordnet wurden. Caesaropapismus lautet der dafür geläufig gewordene Begriff.

Aber halten wir einen kurzen Augenblick inne und fragen uns, inwieweit wir hier nicht schon allzusehr in die kulturhistorische Untermauerung des inzwischen obsoleten Ost-West-Gegensatzes geraten sind? Bei aller Zurückhaltung: Europa wäre im Mittelalter nicht entstanden, wenn die theologisch-dogmatische Trennung von Byzanz nicht stattgefunden hätte. Ein Datum ist zu nennen, das für diese Trennung von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist: das Jahr 370, als die okzidentale Christenheit zum Lateinischen als Sprache der kirchlichen Liturgie überging, was in Anbetracht der Griechischsprachigkeit der Oberschicht des Imperiums keineswegs selbstverständlich war. Was sich auf den ersten Blick als von bloß antiquarischem Interesse ausnimmt, hat, im Konflikt um die Auflösung des alten Jugoslawiens etwa, politisch aktuelle Bedeutung: Die Entscheidung des kroatischen Parlaments, die lateinische Schrift gegenüber dem kyrillischen Alphabet exklusiv durchzusetzen, ist von der serbischen Minderheit – zurecht oder zuunrecht – als kulturelle Marginalisierung angesehen worden. Aber das heißt natürlich auch, daß unter Zugrundelegung eines bestimmten Europabegriffs an der kroatischen Ostgrenze Europa verteidigt wird, während der Konflikt unter Zugrundelegung eines umfassenderen, eher geographisch als kulturell geprägten Europabegriffs gleichzeitig als eine *innereuropäische* Angelegenheit angesehen und institutionell auch so behandelt wird. Zwei Europabegriffe stehen einander hier gegenüber, und in den unentschiedenen, widersprüchlichen, ja mitunter gegensätzlichen Handlungen der europäischen Politiker läßt sich dieser konzeptionelle Gegensatz immer wieder ablesen. Die fehlende Präzisierung dessen, was Europa ist bzw. sein soll, hat hier inzwischen unmittelbare politische Folgen gezeitigt. Die Frage, wo die Ostgrenze Europas verläuft und inwieweit diese Ostgrenze von politischer Bedeutung ist für die Möglichkeit des Beitritts zur EG bzw. EU wird schon bald politisch brisant werden – etwa wenn es um entsprechende Transferzahlungen an Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen geht und die Voraussetzungen dafür der wie auch immer zu erwartenden demokratischen Zustimmung in den bisherigen Mitgliedsländern bedürfen.

Halten wir also fest: Europa, dieses Anhängsel der asiatischen Landmasse, ist keine einfache geographische Tatsache, deren Grenzen durch die Natur vorgezeichnet sind, sondern es ist eine Idee – aber gerade das hat verhindert, daß Europa zu einer politische Konflikte transzendierenden Größe werden konnte, und es hat statt dessen dazu geführt, daß Europa in fast allen großen Konflikten immer selbst zur Disposition stand bzw. gestellt wurde.

### III.

Aber gilt dies auch für den Mythos von der phönizischen Königstochter Europa, auf die kein anderer als Zeus selbst ein Auge geworfen und die er in der Gestalt eines Stieres entführt hatte, um mit ihr auf der Insel Kreta Nachkommen zu zeugen: eben die Europäer. – Geben wir zu: dieser mythische Vorgang ist für uns Europäer nicht gerade schmeichelhaft, stellt er uns doch auf eine Ebene mit jenen Kentauren, Mischwesen, halb Pferd, halb Mensch, denen die Griechen nachsagten, sie seien so kriegerisch gewesen, daß sie zuletzt, als keine Feinde mehr da waren, die sie bekämpfen konnten, sich in endlosen Bürgerkriegen gegenseitig ausrotteten. Aber gestehen wir auch ein: Das ist, was die erste Hälfte dieses Jahrhunderts anbetrifft, nicht einmal die schlechteste Charakterisierung der Europäer. Nun wußten die Griechen über diese

Mischwesen, halb Stier, halb Mensch, in ihren Mythen immerhin doch auch zu berichten, daß sie der Anthropophagie, der Menschenfresserei, frönten, denn wie anders soll man es bezeichnen, wenn der Mythos überliefert, die Athener hätten in regelmäßigen Abständen eine bestimmte Zahl junger Männer und Frauen opfern müssen, die vom Minotaurus, dem im Labyrinth eingesperrten Ureuropäer, gefressen worden seien. Wer, der die Geschichte je gehört hat, hat sich nicht innerlich auf Seiten des Theseus befunden, der sich dem Minotaurus zum Kampfe stellte, ihn tötete und mit Hilfe des berühmten Ariadnefadens aus dem Labyrinth wieder herausfand?

Der Mythos, dem wir uns heute mit hinreichender Distanz zuwenden können, ohne durch die Tiergestaltigkeit und die nachgesagte Anthropophagie sonderlich berührt zu sein – eher amüsiert uns die Anspielung, auch wenn wir zugestehen mögen, daß sie vielleicht nicht ganz ohne Biß ist –, hat in der Frühen Neuzeit aufmerksamere und betroffenen Leser gefunden. Guillaume Postel, ein französischer Humanist, hat die Geschichte von der Entführung der Königstochter Europa und ihrer Verführung oder wohl eher doch: Vergewaltigung durch Zeus, dieses Zusammenspiel von Sex und Gewalt, nicht als Gründungsmythos für das christliche Abendland akzeptieren wollen. Unter Anknüpfung an die Verteilung des aus der Sintflut wiedererstandenen Landes an die Söhne Noahs, wobei Sem Afrika, Ham Asien und Japhet die in westlicher Richtung liegenden Länder, also Europa, erhielt, schlug er vor, den Erdteil hinfort nicht länger Europa, sondern Japétie zu nennen. Bekanntlich hat sich der Vorschlag nicht durchgesetzt. Ganz bedenken- und skrupellos nennen wir uns Europäer, aber wir können dies doch nur tun, weil wir den Gründungsmythos zu einem harmlosen Liebesabenteuer herabgestuft haben, das sich im wesentlichen auf einen wilden Seeritt beschränkt. Die mythisch berichtete Zeugung der Europäer haben wir im Freudschen Sinne verdrängt oder aber aufgeklärt: denn natürlich war der Stier, der die Europa vergewaltigte, kein wirklicher Stier, sondern – ein Gott.

Wie auch immer: aus dem Mythos von der Königstochter aus Tyros läßt sich bezüglich der Frage, was heute Europa sei, keine Antwort herausdestillieren. Oder doch? Bei den Persern, so weiß Herodot in seinen *Historien* zu berichten, habe man versucht, den großen Konflikt zwischen ihnen und den Griechen aus einer Abfolge von Frauenraubzügen zu erklären. Begonnen hätten damit die Phönizier, welche die argivische Königstochter Io entführt hätten. Im Gegenzug seien dann einige Hellenen nach Tyros gefahren und hätten die Europa geraubt, später dann auch noch die Medea. Als ihnen dann wiederum durch Paris die Helena geraubt worden sei, hätten sie ein Heer ausgerüstet, Troja angegriffen und es nach langem Kampf niedergebrannt. Das aber habe man in Asien allgemein für töricht gehalten, denn: „Es ist ja klar, daß Frauen, falls sie nicht selbst einwilligten, nicht geraubt würden.“ So erklärten die Phönizier auch, sie hätten die Io nicht entführt, sondern diese habe mit dem Kapitän eines der phönizischen Schiffe ein Liebesverhältnis gehabt, und als sie merkte, daß sie schwanger war, sei sie aus Scham vor den Eltern freiwillig mit den Phöniziern mitgefahren. Kurzum: die Geschichte vom Frauenraub habe den Griechen bloß als Vorwand für eine expansionistische Machtpolitik gedient, so daß in dieser Sicht die angebliche oder auch tatsächliche Entführung der Europa nur ein Glied in der großen Legitimationserzählung umfassender Expansionsakte gewesen sei. – Auch dies eine gründungsmythische Variante, die nicht ohne Pointe bezüglich der jüngeren europäischen Geschichte ist, die aber doch zuletzt auch keine Antwort zu geben vermag auf die Frage, wer die Europäer seien und worin sie sich etwa

von den Asiaten unterschieden, wenn denn nicht alles auf ihre Charakterisierung als tauschunwillige Frauenräuber hinauslaufen soll.

Halten wir also fest: Ebenso wenig wie die pure Geographie vermag die Mythologie die Frage nach Wesen und Grenzen Europas zu beantworten.

#### IV.

Am häufigsten ist in den Geschichtsbüchern von Europa die Rede, wenn es in Schlachten verteidigt und gerettet worden ist: bei Marathon, an den Thermopylen und bei Salamis, dann bei Actium, auf den Katalaunischen Feldern, bei Tours und Poitiers, auf dem Lechfeld, bei Lepanto, vor Wien usw. Sieht man von Tours und Poitiers ab, so ist es immer der Angriff aus dem Osten, der abgewehrt wird. Von den Persern über die Hunnen zu den Ungarn und Türken: die Idee Europa ist dort am prägnantesten ausgebildet, wo sie nicht aus sich selbst, sondern im Gegensatz zu etwas anderem bestimmt wird. Der Europaidee haftet eine deutlich reaktive Komponente an, die deren Eigenbedeutung zu verschlingen droht, oder anders formuliert: Immer wieder wird Europa definiert durch die Betonung äußerer Gefahren, zumal der ‚asiatischen Gefahr‘. Eines der wenigen Beispiele, bei denen Europa stärker von innen heraus als durch Abgrenzung nach außen bestimmt wird, ist die karolingische Reichsbildung, auf die darum auch ausführlicher eingegangen werden soll.

Die im Jahre 395 vollzogene römisch-imperiale Verwaltungsteilung in Orient und Okzident wurde durch den fast gleichzeitigen Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion religiös überformt: Danach ist der Orient im Erlösungswerk als der aktive, der Okzident hingegen als der passive Teil anzusehen. Der Osten ist das Licht, er ist der Ort der Götter; der Westen hingegen ist die Finsternis, der Ort der Dämonen und des Todes. Der Exorzismus wird *contra occidentem* gesprochen, das Kreuz gegen Westen geschlagen, und im Westen stehen auch die mächtigen Türme der Kirchen, die den geosteten Altarraum schützen. Diese Heilsgeographie nun stellte eine schwerwiegende Bedrohung für die Würde des karolingischen Reiches dar, denn natürlich konnte ein im Westen verortetes Reich nicht mit dem oströmischen Reich auf einer Stufe stehen. Es war diese heilsgeschichtliche Belastung des Okzidentbegriffs, der den Europabegriff im Karolingerreich politisch Karriere machen und ihn zum inoffiziellen Namen der westlichen Christenheit werden ließ. Bei Alkuin, dem Hoftheologen Karls, werden Europa und Christenheit identisch; Asien und Afrika verschwinden aus dem politisch-geographischen Gesichtskreis, und auch die Orient-Okzident-Unterscheidung verliert ihre Bedeutung. Immerhin: Asien und Afrika gehörten inzwischen dem Islam, was die Gleichsetzung Europas mit der Christenheit erheblich erleichterte, und der Orient i.S. des römischen Verwaltungsbegriffs war identisch mit dem byzantinischen Kaiserreich. Der auf den Westen des Kontinents beschränkte Europabegriff, wie er in der Umgebung Karls verwendet wurde, war ein Element der semantischen Sakralisierungsstrategien des Karolingischen Reichs. Dazu gehörte neben der Blickverengung auf das Karolingische Reich auch die Marginalisierung Roms; sie erfolgte, indem Angilbert, Karls Schwiegersohn, den Kaiser als *pater Europae* bezeichnete und ihn damit aus der Traditionslinie des Imperium Romanum herausnahm, in der, wie die päpstliche Kaiserkrönung in Rom nahegelegt hätte, die Erneuerung des Kaisertums im Westen als *renovatio Romae* hätte bezeichnet werden müssen.

Deutlicher noch als an der Geschichte der karolingischen Reichsbildung läßt sich dies an der Geschichte des ottonischen Kaisertums aufzeigen. Bei Widukind von Corvey findet sich die Vorstellung, Gott selbst habe zunächst Heinrich und dann Otto das Imperium übertragen, weswegen der Kaiser auch *maximus regum Europae*, der höchste der Könige Europas, sei. Auch hier spielte der Papst keine Rolle. Nach dem Sieg Ottos über die Ungarn auf dem Lechfeld sagt Widukind über den Kaiser, seine Macht erhalte nicht nur Germanien, Italien und Gallien, sondern fast das gesamte Europa. Europa wird hier durch den Bezug auf den Kaiser definiert. Halten wir fest: Die mit der karolingischen Reichsgründung erfolgende territoriale Verortung des vordem schemenhaften und fugitiven Europabegriffs ist keine geographische Entdeckung, sondern ein politischer Willensakt, dessen Semantiken sich gleichermaßen gegen Ostrom wie gegen Rom selbst richteten, um so nördlich der Alpen ein politisch-religiös autonomes Machtzentrum begründen zu können. Der politische Europabegriff entsteht als Abgrenzungs- und Ausgrenzungsbegriff. Er umschließt, indem er ausschließt. Dieses Dilemma hat sich in seiner weiteren Geschichte immer aufs neue wiederholt.

#### V.

Nach der schließlich doch erfolgten Ansippung des westlichen Kaiserreichs an das *Imperium Romanum* unter Otto III. verlor der Europabegriff, wie er bei Alkuin, Notker und Widukind zu fassen ist, wieder seine Bedeutung, um sie in dieser Form erst im Humanismus zurückzuerlangen – nunmehr freilich weniger auf Europa im Sinne einer politisch-religiösen als vielmehr im Sinne einer kulturellen Einheit bezogen. Dabei dürfte eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben, daß der ehemalige Hauptwiderpart innerhalb der Grenzen des alten Imperium Romanum, das oströmische Reich, im Jahre 1453 entgültig von der politischen Bildfläche verschwunden war. Die Orient-Okzident-Unterscheidung war damit politisch obsolet, oder aber sie wurde frei für neue Besetzungen, etwa wenn das osmanische Reich an die Stelle des oströmischen Reiches trat, womit dann das Christentum als Ganzes und ohne Rekurs auf theologisch-dogmatische Unterschiede gegen den Feind aus dem Osten mobilisiert werden konnte. So hat etwa Enea Silvio Piccolomini, der nachmalige Papst Pius II., in seinem Europabuch den Okzidentbegriff dadurch verabschiedet, daß er Europa von Spanien bis nach Konstantinopel reichen ließ und damit die ideengeschichtlichen Voraussetzungen für das von ihm mit großer Energie betriebene, wenn auch zuletzt doch nicht zustande gekommene europäische Kreuzzugsunternehmen gegen die Türken legte. Man kann hier den Versuch einer mit Hilfe der Europaidee betriebenen ideologischen Frontbildung erkennen, wie sie unserer Gegenwart ja nicht fremd ist, wobei die Idee eines gegen die aus dem Osten andrängenden Türken geeinten Europas dazu dienen sollte, daß die – wie etwa im Falle Frankreichs – anders gelagerten machstrategischen Interessen der einzelnen Königreiche einer gemeinsamen anti-osmanischen Politik subsumiert werden konnten.

Die nunmehr eindeutige Ostgrenze Europas wird komplementiert durch die seit 1492 offene Westgrenze. Das im Osten zurückgedrängte Europa expandierte nach Westen, in die Neue Welt, und durch die Berührung mit gänzlich fremden Lebenskreisen entwickelten die Kolonisatoren ein spezifisch europäisches Selbstbewußtsein. Ausschlaggebend für dieses Selbstbewußtsein ist, daß hier, im Unterschied zu den

Kontakten mit der islamischen Welt, seitens der Europäer eine deutliche kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit empfunden wird, die für ihr Selbstverständnis und ihr Auftreten gegenüber den Bevölkerungen anderer Kontinente folgenreich werden sollte. Im Kulturkontakt mit dem Osten, der in den Kreuzzügen einen ersten Höhepunkt erreicht hatte und sich nach dem Zusammenbruch der Kreuzfahrerstaaten als reger Handelsverkehr fortsetzte, wäre derlei schwerlich möglich gewesen: Hier hatte die heilsgeographische Vorstellung, das biblische Paradies liege im Osten, ein langes Nachleben, was sicherlich dadurch gestützt und verstärkt wurde, daß die Zahlungsbilanz des Westens mit dem Osten während des gesamten Mittelalters negativ war. Verglichen mit den märchenhaften Reichtümern des Ostens mußte der Westen, Europa, als arm gelten.

Eine etwas andere Wendung nahm die Europakonzeption bei Erasmus von Rotterdam, dessen Europavorstellung sich weniger nach außen, sondern eher nach innen, und zwar in kritischer Auseinandersetzung mit dem im Humanismus ebenfalls aufkommenden nationalen Selbstbewußtsein der europäischen Völker, entwickelt hat. Das, was gerne als der Kosmopolitismus des Erasmus bezeichnet wird, war in Wahrheit ein Europäismus, der sich freilich nur auf die Länder erstreckte, in denen der Humanismus breit Fuß gefaßt hatte: im wesentlichen auf England, Frankreich, Deutschland und Italien. In seiner Auseinandersetzung mit Ulrich von Hutten nun, der ihn bedrängte, eine nationale Position zu beziehen, hat sich Erasmus als Angehöriger der Gelehrtenrepublik bezeichnet, die übernational sei. Aber Erasmus hat die nationalen Separierungen nur zurückweisen können, indem er eine bildungselitäre Separierung an ihre Stelle setzte. Das Europa, das in seinem Kosmopolitismus aufscheint, war das einer kleinen Gruppe von *eruditi*, die nicht irgendwelche Volkssprachen, sondern Latein sprachen, vor allem aber schrieben, und hier wiederum nicht irgendein, sondern ciceronisches Latein. In Erasmus' Europabegriff war explizit die Abgrenzung gegen die Masse der *ineruditi* in Europa eingeschrieben, und implizit natürlich auch die Abgrenzung von all jenen Völkerschaften, denen die Segnungen der humanistischen Bildung noch nicht zuteil geworden waren. Diese Einstellung zeigt sich auch in jenen Briefen, in denen sich Erasmus mit Luther beschäftigt: Das Ganze sei ein Problem der Gelehrten, weswegen es auch falsch sei, die theologischen Fragen vor dem Volk zu verhandeln. Das einzige, was daraus entstehen könne, sei Parteiung, Streit und Aufruhr. Damit hat Erasmus ja nicht unbedingt unrecht behalten, nur wenn man heute meint, ihn deswegen zum Apostel des friedlichen Kosmopolitismus machen zu sollen, muß man auch hinzufügen, daß das Europa, welches man dabei im Auge hat, kein demokratisches Europa ist.

Die Ausschlußmechanismen, die in Erasmus' wesentlich kulturell fundiertem Europabegriff liegen, sind vor kurzem von dem österreichischen Literaturkritiker Karl Markus Gauß in einer Auseinandersetzung mit Pavel Kohout offengelegt worden, der 1988 auf einem Berliner Kongreß Stalinismus und Faschismus als uneuropäisch bezeichnet hat. Was aber bitte war der Nazismus, um bei ihm zu bleiben, dann, wenn nicht europäisch? Afrikanisch? Asiatisch? Gauß wirft Kohout mit einigem Grund vor, Europa zulasten anderer zu exkulpierten. Was gut, wahr und schön ist, darf als europäisch gelten, alles andere wird ausgegrenzt. Europa wahrt seinen Ruf durch Denunziation der andern. - Nun ist klar, daß Pavel Kohout es so nicht gemeint hat, sondern daß er vielmehr die Tradition des Verfassungsstaates als spezifisch europäische Politiktradition auszeichnen wollte - aber man benützt offen-

sichtlich in solchen Zusammenhängen den Europabegriff nicht folgenlos, und das heißt hier: nicht ohne denunziatorische Folgen.

## VI.

Ein etwas anderes Europabild findet sich bei jenen seit dem 18. Jahrhundert verbreiteten geo-politischen Ideen, in denen Europa durch den Gegensatz zu den nach Europa hineinragenden, zugleich aber als Weltmacht auftretenden Flügelmächten, nämlich England und Rußland, bestimmt wird. Als einer der ersten Vertreter dieses Denkens ist der Abbé Raynal anzusehen, der in seiner *Histoire des deux Indes* (1770) jene Freiheit, als deren weltgeschichtlichen Beförderer er Europa ansah, durch die „maritime Universalmonarchie“ England bedroht wählte. Europa wird von Raynal, unter Ausgrenzung Englands, kontinental bestimmt, wobei das Zentrum Frankreich ist, welches – in Raynals Sicht – das Kernland der politisch-zivilisatorischen Aufgabe Europas in der Welt ist. Für diese Verengung und Verkleinerung Europas muß Raynal den Preis entrichten, daß Europa sich nicht mehr aus eigener Kraft aus der englischen Umklammerung zu befreien vermag, sondern dazu auf die machtpolitische Hilfe Amerikas angewiesen ist, von dem Raynal – richtig prognostizierend – erwartet, daß es binnen kurzem England als maritimes Gegengewicht gegenübertreten werde. Aber der Einbezug außereuropäischer Machtfaktoren in die Bilanz der europäischen Freiheitssicherung bleibt nicht folgenlos: Raynals Hoffnungen auf Amerika sind durchmischt mit der Sorge, die außereuropäischen Kinder Europas könnten demaltest Herr der alten Welt werden, und hinter England taucht als neue Weltmacht Amerika auf, die das Gegengewicht zu Rußland darstellen wird – eine Überlegung, die dann am Schluß von Tocquevilles *Über die Demokratie in Amerika* breit ausgeführt werden wird.

In der Tradition dieser geopolitischen Einkreisung Europas durch die Flügelmächte steht auch die 1815 veröffentlichte Schrift *Du Congres de Vienne* des Abbé de Pradt. De Pradt setzt ein ‚eigentliches‘ Europa gegen England und Rußland ab, die zwei Kolosse, die große See- und die große Landmacht, zwischen denen Europa stehe und deren es sich erwehren müsse. Was Europa zusammenhält, ist eine gemeinsame Kultur- und Sozialverfassung und das gemeinsame Interesse, beide Weltmächte aus der europäischen Politik herauszuhalten. Dies ist, was England anbetrifft, möglich durch das Gegengewicht Amerika, während gegen Rußland ein Machtssystem organisiert werden muß, welches das Zarenreich daran hindert, über die Weichsel und die Donau vorzudringen. In de Pradts Europakonzeption haben Preußen und die Donaumonarchie die Aufgabe eines Vorkämpfers gegen Asien, und sie sollen im Südosten komplettiert werden durch ein den europäischen Teil des Osmanischen Reiches umfassendes Griechenland, das Rußland vom Mittelmeer fernhält.

In modifizierter Form, den Schwerpunkt Europas von Westen nach Osten, von Frankreich nach Deutschland verschiebend, hat Constantin Frantz in seinen 1859 veröffentlichten *Untersuchungen über das Gleichgewicht in Europa* diese Überlegungen wieder aufgenommen, als er die Auflösung der klassischen europäischen Pentarchie durch den Einbruch der Weltpolitik konstatierte: Namentlich England und Rußland seien über Europa hinausgewachsen, und auch Frankreich habe angefangen, ein Kolonialreich zu errichten, das seine Energie zunehmend aus Europa herauslenke und Frankreich gleichzeitig zu einer Weltmacht aufsteigen lasse. Zusammen mit den USA bil-

deten diese drei europäischen Mächte, England, Rußland und Frankreich, eine weltpolitische Tetrarchie. Um deren Einfluß auf Europa zu begrenzen und eine eigenständige europäische Politik zu ermöglichen, setzt Frantz auf eine Wiedererneuerung des mittelalterlichen Kaiserreichs, weswegen er auch ein entschiedener Gegner der kleindeutschen Lösung Bismarcks war und statt dessen für ein unter deutscher Führung stehendes ‚Mitteleuropa‘ plädierte, in dem nicht die nationale Hegemonie der Deutschen, sondern der deutsche Schutz Europas Zukunft sicherte: „Und wenn“, schrieb er, „die europäische Menschheit noch zu etwas besserem bestimmt ist, als wie ein Lehmbrei durch die Pariser Schablone gedrückt, um hintennach in dem Glutofen der Revolution gebrannt und mit dem Feuer einer sogenannten Zivilisation überstrichen, schließlich aber, wenn auch dieser Firnis verblichen, als ganz ordinärer Ziegelstein zu einer russischen Kaserne vermauert zu werden – wo kann diese höhere Bestimmung der europäischen Menschheit noch eine Stütze finden als lediglich in Deutschland, welches, so lange es vorherrschend war in Europa, weit entfernt, die modernen Nationalitäten zu beeinträchtigen, vielmehr für alle die wirksamste Garantie der Erhaltung der inneren Eigentümlichkeiten bildete?“ – Nun denn.

Was an Konstantin Frantz' Überlegungen gleichwohl aufmerken läßt, ist der Gebrauch des Begriffs Mitteleuropa, der seit Mitte der 80er Jahre, als sich die tiefgreifenden Veränderungen im Osten abzeichnen begannen, von polnischen, tschechoslowakischen und insbesondere ungarischen Autoren neu belebt worden ist – nunmehr freilich weniger geopolitisch als vielmehr verfassungspolitisch und politisch-kulturell begründet. So unterscheidet Jenő Szűcs in dem wissenschaftlichen Essay *Die drei historischen Regionen Europas* im Anschluß an Istvan Bibó drei europäische Regionen, die er als West-, Mittel- und Osteuropa bezeichnet. Differenzierungskriterium ist für Szűcs, den ich nachfolgend als repräsentativ für die Mitteleuropakonzeption der Intellektuellen dieser Region behandle, dabei Entstehung und Existenz einer „Zivilgesellschaft“, in der und durch die sich der „body politic“ selbständig und staatsvorgängig konstituiert, während dazu im Gegensatz in Osteuropa der Staat nicht aus der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft aus dem Staat erwächst. Demgemäß gibt es für Szűcs einen sich von West nach Ost verkürzenden Entwicklungslauf, was heißt, daß Entwicklungsprozesse, die im Westen durch die Gesellschaft initiiert wurden, wobei Szűcs übrigens dem Feudalismus bzw. Lehnswesen eine Pionierfunktion bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Elemente zuspricht, im Osten aufgrund eines fehlenden Feudalwesens durch den Staat initiiert worden sind. Modernisierung von oben ist dafür der Fachbegriff, und Mihail Vajda hat daran anschließend die These vertreten, der russische Kommunismus oder das, was aus dem Sozialismus in Rußland geworden ist, stelle insofern keinen Bruch mit der russischen Geschichte dar, sondern stehe ganz in deren Tradition. Szűcs nun hat das westeuropäische und das osteuropäische Entwicklungsmodell der Gesellschaft miteinander konfrontiert und daraus zwei konträre Expansionszentren der europäischen Geschichte abgeleitet, zwischen denen Mitteleuropa marginalisiert worden sei. Wie auch immer: zuletzt landet auch er bei dem Modell der Flügelmächte, wie es im geopolitischen Diskurs ausgearbeitet wurde, was weniger auf eine Darlegung als auf eine Bedrohung europäischer Identität hinausläuft. Läßt sich Europa tatsächlich nicht anders als durch seine Bedrohung definieren?

## VII.

Lassen Sie mich zuletzt wenigstens andeuten, wo ich eine Alternative zur Bestimmung von Identität durch Bedrohung sehe: bei Herder. Herder ist, anknüpfend an die Gleichgewichtsmodelle der Statistik, wobei er Europa jedoch nicht mehr als Gemeinschaft von Staaten-Personen, sondern als eine von Nationalcharakteren begriff, zu einer Europavorstellung vorgestoßen, in der es die Pluralität der Nationen ist, die Europa in seiner Eigenart charakterisiert. Nicht eine unifizierende Menschheitsidee, sondern die Vielfalt der nationalen Eigenarten, die allesamt gleichberechtigt nebeneinander stehen, soll das Band bilden, das Europa von der es umgebenden Welt trennt. Die nationale Vielfalt Europas betreffend hat Herder den Unterschied zwischen den südlichen und den nördlichen Nationalcharakteren, die durch die Alpenkette voneinander getrennt sind, stark herausgehoben. Daneben hat er in dem berühmten Slawenkapitel seiner Geschichtsphilosophie Europa nach Osten geöffnet und nicht abgeschlossen. Gerade durch diese Kontrastierung von Süden, Norden und Osten hat Herder der sich auch und gerade im aufklärerischen Europabegriff fort erbenden Tendenz entgegengewirkt, das karolingische Reichsgebiet mit Europa zu identifizieren und den Randgebieten einen bestenfalls niederen Status zuzuweisen, und er hat sich zugleich gegen die geopolitische Tendenz verwahrt, Europa von fiktiven oder realen Flügelmächten definiert sein zu lassen. Von allen hier durchgesehenen Europakonzeptionen scheint mir insofern die Herders am vielversprechendsten und am ehesten „anschlußfähig“.

# Gewerkschaftliche Frauenzeitung

## Die Akademie der Arbeit und die Frauen.

Von Jenny Hammer.

Hörsaal der K. d. A., Frankfurt a. M.

Voraussetzung eines demokratischen Staatswesens ist die Schaffung eines Bildungsstaates, in welchem jedem Glied des Staates eine gleiche Bildung gewährleistet wird. Demokratie setzt eine gewisse geistige Reife der abhängigen Klasse voraus, ist also eine Frage der Erziehung. Wobei ist es möglich, durch rein physische Kraft momentane Erfolge im Befreiungstempel des Proletariats zu erzielen, ohne geistige Führung werden die Volksgenossen verirren, wenn sie vor Aufgaben gestellt werden. Die bestehende Klasse nahm auch in bezug auf die Bildungsstätten eine Monopolstellung ein. Rechtlich standen zwar auch den Kindern des Proletariats diese Bildungsstätten offen, wirtschaftlich dagegen war es auch den begabtesten von ihnen unmöglich, eine andere als die Volksschule zu besuchen. Den Mangel an Bildung empfindet die aufwärtsstrebende Arbeiterkategorie allzu schmerzlich, weil sie im demokratischen Staatswesen Persönlichkeiten braucht, auf welche sie angewiesen ist. Um diese nicht wegzuleugnende Lücke einigermaßen auszufüllen, wurde die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. ins Leben gerufen. Sie ist die Krönung aller Bildungsstätten, die sich die Arbeiterkategorie bisher schuf. Außer den Gewerkschaften sind weitere Träger derselben das preußische Kultusministerium sowie die Stadt Frankfurt. Die Akademie der Arbeit ist keine Partei- oder Gewerkschaftsschule, sondern sie will den Hörern eine gute Allgemeinbildung vermitteln. Darauf ist auch der ganze Lehrplan eingestellt. Der 2. Lehrgang begann am 2. Mai 1922 und endigt am 15. Februar 1923. Die Hörer der Akademie rekrutieren sich aus 49 freigewerkschaftlichen Mitgliedern, darunter eine Frau, einem Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes und zehn Schweizer Genossen. Die ersten drei Monate waren der Einführung in das Wissensgebiet gewidmet. Die Vorlesungen erstreckten sich bisher in der hauptsächlichen auf das Arbeitsrecht und die Volkswirtschaftslehre. Neben diesen Vorlesungen geben eine Reihe anderer der. Die Vorlesungen über Sozialpolitik, Gewerbebegleite, Berufsberatung und Finanzwesen seien besonders erwähnt. Die übrigen Vorlesungen über den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft verdienen ebenfalls höchste Beachtung. Die Namen der Professoren Einzelner, Pope und Köhling garantieren wohl

schon für einen guten Erfolg der Ausbildung. Auch in bezug der Lehrmethode hat man mit dem alten Lehrsystem der Universitäten gebrochen. Die Arbeitsgemeinschaften und Seminare stehen im Mittelpunkt des Lehrplans. In den Arbeitsgemeinschaften wird das Hauptaugenmerk auf Gebiete gerichtet, die in unmittelbarer Beziehung zu unserem Leben stehen. Ein Hand der Wirtschaft, der Politik und des Rechts verhandelt wird. Das Wesen dieser Gebiete zu erfassen und geistig zu durchdringen. In kürzeren Referaten, in Fragen und Antworten kann ein jeder seiner Meinung Ausdruck geben und so die Denkfähigkeit der Hörer steigern.

Ueber die geringe Anteilnahme, die bisher die Frauen der Akademie der Arbeit entgegengebracht haben, wurde von Seiten der Vertreter des Kultusministeriums, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Leitung der Akademie das tiefste Bedauern ausgedrückt. Es ist eine Notwendigkeit, daß die Frauen aus ihrer Reserve heraustrreten und sich zahlreiches als bisher an den Bemühungen beteiligen. Gibt es doch Gebiete des sozialen Lebens, zu deren genauer Kenntnis wir nur mit Hilfe geschulter Frauen gelangen. Trimmert sei auch an die Zwecke des Wirtschaftslebens, in denen die Frauenerwerbsarbeit eine Rolle spielt. Es beharrt wohl keines besonderen Beweises, daß es auch in den Reihen der weiblichen Funktionäre eine Anzahl gibt, die genügend geistige Kraft, Verstand und Fleiß besitzen, um sich dieselben Kenntnisse wie die Männer anzueignen, und die eine selbständige, wenn auch schwere, im Interesse der Arbeiterkategorie gelegene Berufsarbeit der Versorgung durch einen Mann vorziehen. Am übrigen dürfte wohl beiden Geschlechtern gebüht sein, wenn sie sich in gemeinsamem geistigen Streben und Ringen zusammenschließen. Ein zahlreicheres Hervortreten der Frauen in die Öffentlichkeit bedeutet sicher für die ganze Arbeiterbewegung einen Fortschritt. Leider zeigen auch die Hörer der Akademie der Arbeit zumweilen eine auffallende Versäumnislosigkeit und einen Mangel an Vertiefung in bezug auf die Gleichberechtigung der Frau.

Durch eine zahlreichere Beteiligung der Frauen im nächsten Lehrgang wird es diesen möglich sein, sich auch bei ihren Kollegen durchzusetzen, was einer einzelnen Frau oft schwer wird. Auf Grund der großen Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften müssen die Zentralverbände in weitestem Maße die Bewerbungen der Frauen berücksichtigen, an Willkür, Fleiß und Ausdauer werden sie sicher die männlichen Hörer überreffen.

## Errichtung der Preller-Stiftung

Aus dem Nachlaß des früheren hauptamtlichen Dozenten für Sozialpolitik, Prof. Dr. Ludwig Preller, und seiner Ehefrau, Elisabeth Preller, ist eine kleine selbständige Stiftung errichtet worden, die an der Akademie verwaltet wird.

Der Zweck der Stiftung soll nach dem Willen der Familie Preller in den folgenden Punkten bestehen:

Es soll in regelmäßigen Abständen ein wissenschaftlicher Literaturpreis ermöglicht werden, der bemerkenswerten Arbeiten zur Sozialpolitik/Gesellschaftspolitik gewidmet sein soll. Dies geschieht vor dem Hintergrund des Prellerschen Lebenswerkes, das vor allem in Analysen zur Herausbildung moderner Sozialpolitik sowie im Versuch der theoretischen Reflexion dieses Prozesses besteht. Das Wesen moderner Sozialpolitik sah Preller in der Verbindung von wissenschaftlicher Erkundung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen und deren bewußter Gestaltung. Seine Hoffnung war, daß moderne Sozialpolitik sich weiterentwickeln werde zu „sozialer Politik“, in der die Politik von einer umfassenden Durchdringung durch die „soziale Idee“ (i.S. E. Heimanns) gekennzeichnet wäre. Die Entwicklungsvorstellungen Prellers verknüpfen sich mit demokratischen Voraussetzungen: In funktionierenden demokratischen Entscheidungsstrukturen sah er eine Voraussetzung für die Befestigung einer modernen Sozialpolitik, aber auch ihrer Orientierung auf tatsächliche Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger.

Vor diesem Hintergrund sollen Arbeiten ausgezeichnet werden, die in Gestalt und Wirkung jenen Einsichten nahekommen: der wissenschaftlichen Analyse von wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen, deren öffentlichen Vermittlung sowie dem Vorantreiben von konzeptionellen Diskussionen im Interesse einer langfristigen Konsensbildung über den zukünftigen Weg der Sozialpolitik.

Es ist vorgesehen, daß im Rahmen der Erträge ein Preis in Höhe von DM 10.000 alle drei Jahre vergeben wird.

Es soll materielle Unterstützung für die Neuherausgabe von wissenschaftlichen Arbeiten Ludwig Prellers ermöglicht werden; außerdem die Förderung von Arbeiten, die sich mit dem sozialpolitischen Werk Ludwig Prellers auseinandersetzen. Die Möglichkeit der materiellen Unterstützung für diesen Zweck richtet sich nach dem Spielraum, der nach Berücksichtigung der Aufwendungen für den Literaturpreis verbleibt.

Über den angesprochenen wissenschaftlichen Literaturpreis wie auch über die genannten Unterstützungen soll eine Jury entscheiden, die noch zu berufen ist.

Die Preller-Stiftung ist vom Regierungspräsidium Darmstadt am 29. September 1993 genehmigt worden.

Preller-Stiftung  
c/o Prof. Dr. Diether Döring  
Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main  
Mertonstraße 30, 60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 / 7720 21, Fax 069 / 70734 69



# Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 59. Lehrgangs

## 1. Trimester

3. Mai – 31. Juli 1993

Veranstaltung	Dozent	Stunden
Einführung in den Lehrgang	Leiter	4
Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten/ Techniken und Methoden wissenschaftlicher Arbeit	Leiter und Assistenten	14
Blockseminar: Soziale Kompetenz	Kösel	10
Die Herausbildung des modernen Rechts- und Staatsystems (Staatstheorie)	Kempen	16
Historische Grundlagen der heutigen Verfassungsordnung	Kempen	22
Das politische und verfassungsrechtliche System der Bundesrepublik (Verfassungsrecht I) – Strukturen politischer Entscheidungsbildung (insbesondere politische Grundrechte und Gesetz- gebungsverfahren) und europäische Institutionen	Kempen	42
Arbeitsverfassungsrecht (zugleich für Studenten des Fb Rechtswissenschaft der Universität, Mi. 14-16 Uhr)	Kempen	12
Historische Entwicklung und Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre (Dogmengeschichte anhand ausgewählter Texte)	Weis/Neubäumer	14
Einführung in die Volkswirtschaftslehre	Neubäumer	
Einführung in die Wirtschaftspolitik anhand ausgewählter Beispiele	Neubäumer	
Mikroökonomie	Neubäumer	
Grundlagen des Arbeitsmarktes	Neubäumer	
Ausgewählte Schwerpunkte aus den Gebieten Mikroökonomie und Arbeitsmarkt	Neubäumer	60
Betriebswirtschaftslehre I	Aschenbrücker/Neubäumer	18
Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (unter besonderer Berücksichtigung europäischer Zusammenhänge)	Döring	16
Einführung in die Sozialpolitik	Döring	20
Einführung in die Arbeitsmarktpolitik	Döring u.a.	16
Einführung in die Finanzwissenschaft (Steuer- und Finanzpolitik)	Döring	20
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung I (Unfallschutz und Unfallversicherung, Gesundheitssicherung)	Döring	22
Einführung in die Philosophie	Münkler	20
Einführung in die Soziologie/Probleme der Arbeitsgesellschaft	Schumm	20
Projektgruppen und Referate zu ausgewählten Problemen der geschichtlichen Entwicklung von Arbeiterbewegung und Gewerkschaften (einschl. des Lesens zentraler theoretischer Texte)		32
Veranstaltungsreihe: Ursprung, Herrschaft und Fortwirken des Nationalsozialismus		12
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Bartetzko	12

## 2. Trimester

23. August – 18. Dezember 1993

Veranstaltung	Dozent	Stunden
Einführung in die Methoden der Rechtswissenschaft und in das Bürgerliche Recht	Kempen	14
Arbeitsvertragsrecht (von der Einstellung bis zur betrieblichen Altersversicherung)	Kempen	58
Einführung in das Arbeitsrecht	Weyand	16
Parallelveranstaltung: Betriebsverfassungsrecht	Launhard/Kempen	30
Personalvertretungsrecht	Schwarz/Kempen	26
Strukturen politischer Willensbildung (insbesondere wirtschaftliche Grundrechte); (Verfassungsrecht II)	Kempen	12
Arbeitsverfassungsrecht (zugleich für Studenten des Fb Rechtswissenschaft der Universität, Mi. 14-16 Uhr)	Kempen	12
Grundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)	Neubäumer	
Wirtschaftspolitische Ziele	Neubäumer	
Makroökonomie I: Ein einfaches makroökonomisches Modell	Neubäumer	
Ausgewählte Schwerpunkte aus den Gebieten VGR, Makroökonomie und wirtschaftspolitische Ziele	Neubäumer	64
Betriebswirtschaftslehre II	Aschenbrücker/Neubäumer	16
Reform von Wirtschaft und Gesellschaft in Osteuropa	Kosta/N.N.	16
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung II (Sicherung bei Arbeitslosigkeit; Alterssicherung; Sozialhilfe)	Döring	36
Organisation und Probleme der sozialen Selbstverwaltung	Döring u.a.	10
Frauen und Sozialpolitik	Gerhard-Teuscher	6
Möglichkeiten einer präventiven Sozial- und Gesundheitspolitik	Standfest/Kiesau	6
Probleme einer integrierten Steuer-/Finanz- und Sozialpolitik	Döring	26
Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der politischen Ideen	Münkler	12
Soziologie der Arbeit (unter Berücksichtigung des Themas Frau und Gesellschaft)	Schumm/Schudlich	30
Christliche Gesellschaftslehren	Hengsbach/Sohn	8
Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Referate zur Theorie und Praxis der Gewerkschaften		40
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Bartetzko	6
Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen mit Besichtigungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Röhm	8
Ergänzender Fremdsprachenkurs: Englisch (2 Gruppen nach Vorkenntnissen)		12

### 3. Trimester

3. Januar - 19. März 1994

Veranstaltung	Dozent	Stunden
Arbeitsvertragsrecht (Fortsetzung) unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung	Kempen	26
Arbeitskampfrecht	Kempen	18
Tarifvertragsrecht	Weyand	18
Datenschutz im Arbeitsrecht	Wohlgemuth	8
Ausgewählte Probleme aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Rechts-(Tarif-)politik	Däubler	8
Rechtswissenschaftliches Kolloquium (Arbeitsrecht im EG-Binnenmarkt 1993)	Kempen	8
Makroökonomie II: Grundlagen der Geldtheorie; Zahlungsbilanz	Neubäumer	
Wirtschaftspolitik II: Geld- und Währungspolitik	Neubäumer	
Ausgewählte Schwerpunkte aus den Gebieten Geld und Währung	Neubäumer	68
Betriebswirtschaftslehre III	Aschenbrücker/Neubäumer	16
Sozialpolitik und Armutsentwicklung	Hauser	8
Ausgewählte Fragen der Sozialpolitik: Gesamtwirkungen des sozialpolitischen Instrumentariums; Zukunftsfragen der Sozialpolitik	Döring	14
Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft	Döring	20
Sozialpolitisches Seminar	Döring	12
Arbeitsgemeinschaft Umweltpolitik (u.a. Steuer-/Finanzpolitik und Ökologie, Sozialpolitik und Umweltpolitik)	Döring	10
Praxis und Probleme der Mitbestimmung (mit Betriebsbesichtigungen; z.T. gemeinsam mit den Teilnehmern der Lehrveranstaltung „Mitbestimmung als Instrument der Sozialpolitik“ des Fb Wirtschaftswissenschaften der Universität)	Döring/Leminsky/Hochgreve	20
Organisation und Programmatik der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände	Hochgreve/v. Vieregge	8
Politik und Zeitgeschichte	Jahn/Zoll u.a.	10
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Bartetzko	6
Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen mit Besichtigungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Röhm	8
Ergänzender Fremdsprachenkurs: Englisch (2 Gruppen nach Vorkenntnissen)		12

---

## Organe der Akademie der Arbeit

---

### *Kuratorium*

---

Vorsitzender: Jochen Richert, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes

Stellvertretende Vorsitzende: Die Hessische Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Ilse Stiewitt

#### Weitere Mitglieder:

Die Hessische Ministerin der Finanzen, Dr. Annette Fugmann-Heesing

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Evelies Mayer

Der Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main,  
Prof. Dr. Klaus Ring

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Andreas von Schoeler

Vier weitere Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Wilfried Adams, Siegfried Bleicher, Karl-Heinz Jungmann, Wolfgang Warburg

Die Vertreter der Dozenten der Akademie der Arbeit:

Dr. Otto Ernst Kempen, Dr. Erich Meyn

Drei Vertreter/innen der Teilnehmer/innen des 59. Lehrgangs

Leiter der Akademie der Arbeit für den 59. Lehrgang: Prof. Dr. Diether Döring

---

## Lehrkräfte

---

### *Hauptamtliche Dozenten*

---

Prof. Dr. Diether Döring, Sozialpolitik, Steuer- und Finanzpolitik  
Dr. Otto Ernst Kempen, Rechtswissenschaft  
Prof. Dr. Renate Neubäumer, Wirtschaftswissenschaft

### *Lehrbeauftragte*

---

Dr. Karin Aschenbrücker, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main  
Dr. Dieter Bartetzko, Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Universität Bremen  
Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Johann Wolfgang Goethe-Universität,  
Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Richard Hauser, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Philosophisch-Theologische Hochschule  
St. Georgen, Frankfurt am Main  
Horst Hochgreve, Leiter der Abt. Wirtschaft des Landesbezirks Hessen des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Egbert Jahn, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main  
Peter Juffernholz, Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Gisela Kiesau, Direktorin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Dortmund  
Prof. Dr. Edmund Kösel, Bahlingen  
Frank Launhard, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, Frankfurt am Main  
Dr. Gerhard Leminsky, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf  
Irmela Merle, Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin  
Uli Röhm, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz  
Dr. Edwin Schudlich, Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Hessen,  
Frankfurt am Main  
Prof. Dr. Wilhelm Schumm, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main  
Lutz Schwarz, Richter am Arbeitsgericht, Frankfurt am Main  
Dr. Walter Sohn, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in  
Hessen und Nassau, Frankfurt am Main  
Dr. Erich Standfest, Leiter der Abt. Sozialpolitik beim Bundesvorstand des  
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf  
Dr. Joachim Weyand, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main  
Dr. Hans-Hermann Wohlgenuth, Leiter der Rechtsabteilung beim Hauptvorstand  
der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum  
Prof. Dr. Rainer Zoll, Universität Bremen

**Pädagogischer Hörerberater: Kurt Brütting**  
**Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Alois Weis**  
**Assistentinnen: Beatrice Altmann-Schevitz, Ilona Quathamer**

Neben der Anleitung durch die Dozenten werden die Lehrgangsteilnehmer in ihrer Arbeit vom pädagogischen Hörerberater, von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter und den Assistentinnen unterstützt. Zu einigen im Lehrplan ausgedruckten Veranstaltungen finden ergänzende freiwillige Arbeitsgemeinschaften statt.

In Verbindung mit den Lehrveranstaltungen werden Besichtigungen und Studienreisen durchgeführt. Diese werden durch Vorlesungen oder Einzelvorträge vorbereitet. Hinzu kommen Besuche von kulturellen Veranstaltungen.

## Teilnehmer/innen des 58. Lehrgangs der Akademie der Arbeit 1992/1993

<i>Name und Vorname</i>	<i>Geb.- jahr</i>	<i>Beruf*</i>	<i>Wohnort</i>	<i>Gewerk- schaft</i>
Altmann-Schevitz, Beatrice	1955	Sozialpädagogin	Karlsruhe	ÖTV
Bahmann, Monika	1954	Schauwerbegestalterin	Gießen	HBV
Capece, Elwis	1965	Datenerfasser	Villingen-Schwenn.	GdP
Decruppe, Paul	1956	Textilarbeiter	Emsdetten	GTB
Echtermeyer, Thomas	1964	Betriebsschlosser	Schenklengsfeld	IGBE
Forke, Georg	1954	CC-Angestellter	Hemhofen	IGBSE
Geithner, Petra	1954	Ing.-Ökonomin	Gera	IGM
Hallerberg, Ute	1965	Angestellte	Peine	IGBSE
Hannes, Joachim	1968	Facharbeiter	Nürnberg	GdED
Hauke, Gert	1956	Jugendsekretär	Berlin	IGBE
Heldt, Jürgen	1959	Betonbaumeister	Nidda	IGBSE
Hellriegel, Marion	1950	Angestellte	Taucha	IGM
Jacob, Christa	1952	Angestellte	Ronshausen	GdED
Jaeger, Christiane	1948	Verwalt.-Sekretärin	Rodgau	IGCPK
Kabon, Thomas	1966	Elektromaschinenbauer	Halle	IGM
Kase, Christian	1966	Gewerkschaftssekretär	Kehl	IGBSE
Klein, Peter	1963	freigest. Betriebsrat	Bottrop	IGBE
Knöpfler, Bernd	1969	Maschinenschlosser	Ingolstadt	IGM
Koch, Andreas	1958	Gewerkschaftssekretär	Recklinghausen	IGBE
Kollmann, Irene	1952	Verwaltungsangestellte	Kronberg	ÖTV
Mohr, Bernd	1965	Industriearbeiter	Ense	IGM
Noll, Guido	1966	CC-Angestellter	Weibersbrunn	IGBSE
Pitsch, Sigrid	1966	Industriekauffrau	Suhl	IGM
Prinz, Stefan	1968	Gewerkschaftssekretär	Quierschied	HBV
Quathamer, Ilona	1967	Gärtnerin	Varel	GGLF
Rager, Alexander	1964	Fernmeldehandwerker	München	DPG
Rathke, Marion	1955	Grafikerin	Norderstedt	IGM
Rinke, Gabriele	1963	Gewerkschaftssekretärin	Erfurt	IGM
Schülke, Bärbel	1949	Verwaltungsangestellte	Bohmte	GHK
Schwarz, Martin	1958	Chemiearbeiter	Dreieich	IGCPK
Siebold, Nicole	1964	Schienebahnfahrerin	Frankfurt am Main	ÖTV
Sippel, Klaus-Dieter	1959	Omnibusfahrer	Frankfurt am Main	ÖTV
Stephan, Ute	1962	Bibliotheksangestellte	Frankfurt am Main	ÖTV
Swiniartzki, Elmar	1957	Betriebsratsvorsitzender	Aschersleben	IGM
Tammert, Heyo	1955	Kraftfahrer	Aurich	HBV
Ungermann, Ernst	1967	Anlagenelektroniker	Langerwehe	IGBE
Völger, Marcus	1967	Industriebuchbinder	Reinheim	IG Med.
Walter, Marco	1967	Werkzeugmacher	Ebern	IGM
Witte, Ralf	1961	Krankenpfleger	Bremen	ÖTV
Wobedo, Lothar	1964	Aufsichtshauer	Hamm	IGBE
Yilmazer, Sema	1960	Verwaltungsangestellte	Frankfurt am Main	IGM
Zizka, Vladimir	1953	Vorsitz. Gew. Chemie	Prag (Tsch.)	Fos Ch
Zunker, Thomas	1967	Verwaltungsangestellter	Schwabenheim	ÖTV

\*Die Berufsangabe bezieht sich auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.

Teilnehmer/innen des 59. Lehrgangs der Akademie der Arbeit 1993/1994

<i>Name und Vorname</i>	<i>Geb.- jahr</i>	<i>Beruf*</i>	<i>Wohnort</i>	<i>Gewerk- schaft</i>
Ammermann, Ulrike	1954	Gewerkschaftssekretärin	Göttingen	DPG
Arlt, Ingo	1967	Arbeitsplaner	Wennigsen	IGM
Balle, Fritz	1957	Fahrer	Eppstein	ÖTV
Bartel, Frank	1953	Nachwuchssekretär	Stuttgart	GHK
Blüm, Rainer	1969	Lokführer	Bobenheim	GdED
Bozic, Hannes	1951	Mechaniker	Nehren	IGM
Buchholz, Hann-Jörg	1959	Baumaschinist	Suhl	IGBSE
Butterweck, Walter	1960	Kraftfahrer	Eschweiler	IGBE
Delnef, Markus	1966	Reiseverkehrskaufmann	Mainz	ÖTV
Frost, Uwe	1963	Kfm. Angestellter	Witten	IGM
Gottwald, Horst	1955	Fahrtreppenmonteur	Frankfurt am Main	ÖTV
Grabbert, Frank	1958	Nachwuchssekretär	Schwerin	IGBSE
Haag, Heike	1966	Techn. Zeichnerin	Weinheim	IGM
Hoppe, Manfred	1954	Fräser	Teningen	IGM
Jackmuth, Thomas	1966	Nachwuchssekretär	Neuwied	IGBSE
Jakob, Ulrike	1960	Amtfrau	Frankfurt am Main	ÖTV
Jang, Eunsook	1962	Organisationsleiterin	Incheon/ROK	KFCU
Kirac, Kemal	1956	Bohrer	Köln	IGM
Kotzur, Timo	1965	Nachwuchssekretär	Kassel	IGBSE
Langela, Hans-Josef	1957	Metallfacharbeiter	Borken	GHK
Loritz, Sabine	1970	Montiererin	Würzburg	IGM
Marowsky, Ingo	1959	Flugbegleiter	Frankfurt am Main	ÖTV
Maurer, Bernd	1958	Betr.-Elektriker	Rheinhausen	IGM
Mebs, Uwe	1966	Holzbearbeiter	Crimmitschau	GHK
Meiler, Hans	1956	Gewerkschaftssekretär	Selb-Erkersreuth	IGCPK
Naujoks, Alexander	1969	Energieelektroniker	Eschwege	IGM
Nieden, Holger	1965	Gewerkschaftssekretär	Sulzbach	IGBE
Niefnecker, Detlev	1955	Verwaltungsbeamter	Frankfurt am Main	ÖTV
Obst, Martin	1965	Werkzeugschleifer	Karlsruhe	IGM
Plog, Thomas	1969	Gewerkschaftssekretär	Berlin	HBV
Reimer, Michael	1969	Energiegeräteelektroniker	Ludwigshafen	ÖTV
Reinhard, Michael	1967	Staubmesser	Kamp-Lintfort	IGBE
Rolle, Frank	1965	Gewerkschaftssekretär	Reken	IGBE
Salewski, Michael	1961	Jugendwohnheimleiter	Frankfurt am Main	DPG
Siebenstädt, Sabine	1962	Gewerkschaftssekretärin	Potsdam	HBV
Theisinger, Michael	1956	Universalschleifer	Rammelsbach	IGM
Tillmann, Kunigunde	1952	Verwaltungsangestellte	Wesel	IGBSE
Voigt, Gerald	1958	Gewerkschaftssekretär	Einsiedel	IGBE
Weber, Claudia	1966	Fachwirtin	München	DPG
Wiebel, Wolfgang	1956	Fahrer	Frankfurt am Main	HBV

\*Die Berufsangabe bezieht sich auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.

# Aufnahmeantrag

Ich bitte um Aufnahme in den  
Verein der Freunde und Förderer der  
Akademie der Arbeit e.V., Frankfurt am Main,  
als förderndes Mitglied.

Der Jahresbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ DM  
soll von meinem  
Konto Nr.: \_\_\_\_\_

bei (Bankinstitut): \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

mittels eines Einziehungsauftrages des Vereins abgebucht werden.

Meine Anschrift: \_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

---

Dieser Aufnahmeantrag ist an folgende Anschrift zu senden:

Verein der Freunde und Förderer  
der Akademie der Arbeit e.V.  
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77  
60329 Frankfurt am Main